Sonntag, 31. Juli 1921. **Einzelnummer 5 Mark.** 60. Jahrgang. **Nr. 130.**

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis vom 1. August 1921 an monatlich M.
in der Geschäftsstelle 75.—
in den Ausgabestellen 77.50
durch Zeitungsboten 80.—
durch die Post . . . 80.—

Fernsprecher: **4246**, 2273. 3110, 3249.

Posener Tageblatt

Anzeigenpreis: f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . 15.— M. im Reklameteil 40.— M. Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M. im Reklameteil 10.— M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czekowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Aus Oberschlesien.

Seit Donnerstag tagt die Konferenz der Sachverständigen im Ministerium des Äußern in Paris. England hat also wieder einmal nachgegeben, wie immer, und nach einer Besprechung zwischen dem französischen Botschafter in London und Lord Curzon scheint es sich zu bestätigen, daß England gegen die Entsendung von Truppenverstärkungen nach Oberschlesien nichts einzuwenden hat.

Auch Italien hat sich mit der Absendung von Verstärkungen nach Oberschlesien einverstanden erklärt, wie aus Lyon gemeldet wird. Auf der Konferenz des Obersten Rates wird Italien durch den Ministerpräsidenten Bonomi und den Außenminister De la Toretto vertreten sein. Italienische Blätter berichten, daß Bonomi und De la Toretta in der oberschlesischen Angelegenheit die Politik Sforzas weiterführen werden. Danach wird also der französische Gedanke nach allen Richtungen siegen, und die Sitzung des Obersten Rates nicht viel mehr als eine kleine Episode ohne sonderliche Bedeutung in der oberschlesischen Tragödie sein. Amerika wird wohl nach wie vor nicht aus seiner Zurückhaltung herausgehen, obwohl das „Journal" zu berichten weiß, daß „auch der Vertreter der Vereinigten Staaten an den Sitzungen des Obersten Rates **lebhaften** Anteil nehmen wird".

Die Lage.

Die Lage im oberschlesischen Industriegebiet spitzt sich immer mehr zu. Geradezu anarchistische Zustände sollen im Kreise Rybnik herrschen, wo die Banden nach wie vor die Gewalt in Händen haben. Alle Anzeichen lassen klar erkennen, daß die Insurgenten überall zum sofortigen Losschlagen rüsten. Allem Anschein nach ist der Kreis Rybnik als Operationsbasis ausersehen. Es ist festgestellt, daß im Kreise Kosel mehrere tausend Aufständische, bis an die Zähne bewaffnet, aus den Landgemeinden zusammengezogen und in den Kreis Rybnik hinübergebracht worden sind. Auch aus dem Kreise Ratibor findet ständig ein Zuzug von Insurgenten nach Rybnik statt. Der Sammelpunkt der Insurgenten liegt in der Nähe von Rauden.

Ein Aufruf der Insurgenten.

Warschauer Blätter veröffentlichen einen Aufruf, der unterzeichnet ist „Die Aufständischen" und aus Scharley vom 20. Juli datiert ist. In dem Aufruf wird scharf gegen Lloyd George Stellung genommen und ferner die polnische Regierung aufgefordert, nicht zuzulassen, daß weiter polnisches Blut vergossen werde, andernfalls würden oberschlesische Aufständische die trennenden Schranken zwischen Polen und Oberschlesien mit Gewalt zerreißen.

Ein Geheimvertrag.

Rom, 30. Juli. „Il Paese" berichtet über einen französisch-polnischen Geheimvertrag. Der Vertrag sei am 16. Februar geschlossen und am 19. Februar von Briand unterzeichnet worden. Gleichzeitig sei das militärische Abkommen zwischen dem polnischen Kriegsminister und Marschall Foch abgeschlossen worden. Der polnische Aufstand in Oberschlesien sei unmittelbar eine Folge des Vertrages.

Englisch-französische Verständigung.

Paris, 30. Juli. (PAT.) In der heutigen Sitzung des Ministerrats hielt Briand ein Exposé über die oberschlesische Frage. Da die englische Regierung am 28. Juli gleichfalls über die von der französischen Regierung vorgebrachten Fragen beraten wird, hat der Ministerrat beschlossen, am 29. Juli eine neue Sitzung zur Prüfung der englischen Antwort einzuberufen. Nach Meinung des diplomatischen Redakteurs der „Havas" machte die heutige Sitzung des französischen Kabinetts den Eindruck, daß Frankreich wünscht, dem englisch-französischen Gegensatz ein Ziel zu setzen. Da der Termin zur Einberufung der Sachverständigenkonferenz bereits zur beiderseitigen Zufriedenheit erledigt wurde, blieb nur noch die Frage der Entsendung von Verstärkungen unerledigt. Es ist zu erwarten, daß die Parteien eine Kompromißlösung finden, die beide Parteien befriedigt. Die Lösung würde davon abhängen, ob sich England den durch Frankreich in Berlin unternommenen Schritten anschließt, die den Zweck haben, Deutschland zu zwingen, die notwendigen Dispositionen zur Sicherung des Transportes der alliierten Truppenabteilungen nach Oberschlesien zu treffen. Nach dem diese Schritte unternommen sind, könnte der Oberste Rat den Termin der Truppenentsendung festsetzen. Diese Lösung würde der französischen Meinung die gebührende Genugtuung bieten und gleichzeitig den Deutschen ein Beweis der Solidarität Englands und Frankreichs sein.

Französische Drohungen.

Paris, 30. Juli. Die „Agence Havas" verbreitet eine Mitteilung, in der sie bestreitet, daß die französische Regierung die Absicht habe, die polnischen Forderungen mit Gewalt durchzusetzen oder auch unter Umständen für den Fall des Sturzes der Sowjetregierung in Rußland einzugreifen. Die darauf bezüglichen Gerüchte hätten in London Glauben gefunden und zum großen Teil den Widerstand amtlicher englischer Kreise gegen die Verstärkung der französischen Truppen in Oberschlesien hervorgerufen. Frankreich wolle, daß die Entscheidung in Oberschlesien endgültig sei und deshalb wünsche es eine Verstärkung der Verbandstruppen. Es wäre möglich, an Deutschland und Polen vorerst die von den beiden Ländern nichtumstrittenen Gebiete jeweils auszuliefern und sämtliche Verbandstruppen in der strittigen Zone zusammenzuziehen. Die vorläufige Besatzung dürfte für die endgültige Teilung in keiner Weise entscheidend sein. Man könnte auch der deutschen Reichsregierung mitteilen, daß Frankreich, falls Deutschland sich zu Angriffen gegen die Truppen in Oberschlesien hinreißen lassen sollte, sich vorbehalte, am Rhein seine Antwort zu geben. Schließlich könnte man an die Spitze der Tagesordnung noch die Frage der „Sicherheiten" stellen. Sollten sich die Vertreter der Verbandsmächte denn doch noch zur Entsendung von Verstärkungen entschließen, so könnten diese in drei bis vier Tagen an Ort und Stelle sein. Diese Zeitspanne würde genügen, um den Obersten Rat seine Entscheidung treffen zu lassen.

Ein „Havas"-Schwindel über General Hoefer.

Berlin, 30. Juli. (Danziger Neueste Nachr.) In der Aufzeichnung, die der französische Botschafter am 16. Juli dem deutschen Außenminister übergeben hat, ist die Rede gewesen von „ungeheuerlichen Äußerungen und den unmittelbaren Herausforderungen des Generals Hoefer", die die Schwere des in Oberschlesien vorbereiteten Angriffs bestätigen sollen.

In der deutschen Antwort vom 23. Juli ist darauf verwiesen worden, daß der deutschen Regierung von derartigen Erklärungen oder Herausforderungen des Generals Hoefer nichts bekannt geworden ist. Außerdem hat die deutsche Regierung mitteilen lassen, daß sie dankbar wäre, wenn sie hierüber nähere Informationen erhalten könnte.

Aus einer vom „Dziennik Gdański" wiedergegebenen Havas-Meldung läßt sich vielleicht erkennen, um welche Aeußerungen und Herausforderungen des Generals Hoefer es sich handeln soll. Nach dieser Havas-Meldung soll General Hoefer in einer Offiziersversammlung eine Rede gehalten haben, in der er u. a. folgendes gesagt haben soll: Wenn der Oberste Rat in Paris eine Entscheidung treffen wird, die im Gegensatz zu den deutschen Interessen steht, so werde ich mit allen meinen Truppen in Oberschlesien einmarschieren, die Franzosen vertreiben und das Land von den Polen säubern. Oberschlesien, von dem seinerzeit die Bewegung ausgegangen ist, und zum Sturz Napoleons geführt hat, wird zum zweiten Male der Ausgangspunkt der Wiederherstellung der deutschen Ordnung und zur Wiedererrichtung der deutschen Macht werden."

Wir sind von General Hoefer ausdrücklich ermächtigt zu erklären, daß diese „Havas"-Meldung von Anfang bis Ende erfunden ist. General Hoefer hat niemals eine derartige Rede gehalten.

Eine ungünstige Wendung für Polen.

Der „Rzeczpospolita" zufolge berichten Berliner Blätter aus Paris: Die Agentur Havas veröffentlicht eine Mitteilung, wonach die französische Regierung nicht die Absicht habe, die polnischen Forderungen militärisch zu unterstützen.

Dasselbe Warschauer Blatt schreibt: „Die Nachrichten, die wir in letzter Stunde aus Paris erhielten, lauten für Polen sehr bedrohlich. Sogar in Frankreich erwägt man die Möglichkeit, Polen vorläufig nur die Kreise Pleß und Rybnik zu übergeben und den Industriebezirk unter der Verwaltung der Verbündeten zu belassen. Davon spricht gegenwärtig schon Herr Briand.

Zur Erhärtung dieser Mitteilung veröffentlicht das Blatt nachstehende Meldung aus Paris:

Die Ansichten, die gegenwärtig hier vorherrschen, sind für Polen ungünstig. Es liegt die Möglichkeit der Annahme des Vorschlags Sir Harald Stuarts und des italienischen Vertreters bei der interalliierten Kommission, Herrn Vinesti vor, wonach Polen vorläufig nur die Kreise Rybnik und Pleß abgetreten und das Industriegebiet unter der interalliierten Verwaltung neutralisiert wird.

Freistaat Danzig.

***† General Hacking gegen die Landung französischer Truppen.** „Telegraphen-Companie" berichtet aus Danzig, der Oberkommissar des Völkerbundes, **General Hacking, habe den französischen und polnischen Generalkommissaren erklärt, daß er mit Rücksicht auf die Empörung der Danziger Bevölkerung eine Landung französischer Truppen auf keinen Fall dulden werde.** Es wäre dies gleichbedeutend mit einer Verletzung der Selbständigkeit Danzigs.

Der Krieg im Orient.

Einer Meldung der französischen Militärmission in Konstantinopel zufolge, sind die Gerüchte von den großen Siegen der Griechen unbedingt verfrüht. Den Griechen gelang es tatsächlich ihre Linien etwas nach Osten vorzuschieben, die türkische Armee ist jedoch, wie die Mission bereits gemeldet hat, nicht nur nicht zersprengt, sondern nimmt ständig an Zahl zu. Augenblicklich sind in dem Abschnitt zwischen Brussa und Uschak wütende Kämpfe im Gange. Die Regierung von Angora beschloß, ihren Sitz nach Siwas zu verlegen.

Verluste der Türken.

Athen, 30. Juli. (PAT.) Die Türken verloren auf dem Wege nach Angora gegen 60 000 Tote, Verwundete und Gefangene. Die griechische Vorhut soll in Gordium eingetroffen sein. Der Hohe Rat wird die Entscheidung über die Weiterführung der Operationen treffen. Der Feind verbrennt beim Rückzug das Material, das er nicht mitnehmen kann.

Griechenland und Armenien.

Berlin, 30. Juli. (Tel.-U.) Die armenische Republik hat, wie der „Deutschen Allgem. Zeitung" gemeldet wird, in Athen eine Gesandtschaft eingerichtet. Als Gesandter ist Digran Tohaisan eingetroffen. Eins seiner Hauptziele soll die Einigung mit Griechenland wegen der Teilnahme von Armenien im griechisch-türkischen Konflikt auf griechischer Seite sein. Eine Verbindung mit Armenien ist nur durch Funkspruch möglich.

Der Trianonvertrag.

Paris, 30. Juli. (PAT.) Gestern 6 Uhr nachmittags fand im Außenministerium der Austausch der Ratifizierungsurkunden des Vertrags von Trianon und des Protokolls, das in Trianon am 4. März d. Js. unterschrieben wurde, statt. Die Feier leitete Cambon, der die Hoffnung aussprach, daß der Vertrag von allen interessierten Seiten durchgeführt wird. Der Vertreter Ungarns, Prażmowski erklärte, daß Ungarn entschlossen ist, die übernommenen Verpflichtungen mit ganzer Loyalität durchzuführen, sprach jedoch den Wunsch aus, daß die Nachbarstaaten dieselben Friedenstendenzen bezeigen und die Rechte der ungarischen Volksminderheiten achten sollen. Nach einer erneuten Ansprache Cambons fand die Unterzeichnung des Dokumentes statt.

Bolschewistische Delegierte in Frankreich.

Der „Intransigeant" als einziges Blatt meldet aus Lille die Ankunft des Generalsekretärs der 3. Internationale Losowski in Begleitung von drei anderen russischen Kommunisten. Sie hätten die Grenze in bis jetzt unaufgeklärter Weise passiert.

Auch Klara Zetkin erschien seinerzeit „auf bisher unaufgeklärte Weise" auf einem französischen Kommunistenkongreß in Lille und kehrte ebenso unbemerkt wieder nach Berlin zurück. Die französischen Behörden werden eben zugeben müssen, daß die Grenze keineswegs hermetisch abgeschlossen werden kann und daß vor allem linksradikal gerichtete Elemente immer Mittel und Wege finden, um unerkannt hindurchzuschlüpfen.

Unter der schönen Parole: „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten fremder Staaten" — eine Bedingung, die bei allen Verhandlungen mit den Bolschewisten gestellt und von ihnen stets ohne jedes Zögern feierlich unterschrieben wird — halten sich in Mittel- und Westeuropa mehr bolschewistische Agenten auf, als man gemeinhin zu glauben pflegt. Und zwar dient dieser Aufenthalt nicht nur, wie von Berliner amtlicher Seite einmal auf eine Anfrage im Parlament neckischer Weise erklärt wurde, „um die angegriffene Gesundheit in deutschen Badeorten wiederherzustellen". Diese harmlosen Leutchen verfolgen ganz andere Zwecke, die alle auf die Einführung der segensreichen bolschewistischen Zustände in West- und Mitteleuropa hinauslaufen.

Auch Lisowski wird kaum in der Absicht nach Lille gekommen sein, um dort mit der Friedenspalme zu fächeln und auf dem Grabe des Klassenhasses die Weltverbrüderung zu verkünden. Man kann daher gespannt darauf sein, wie sich Frankreich zu diesen „Gästen" stellen wird. Ein interessantes Seitenstück zum Besuche Sinowjews in Halle.

Krankheit oder Marasmus?

Von **Max Theodor Behrmann** („Vossischen Zeitung").

Zu Zeiten, in denen Buchanan und Ssasonow noch nicht Blutsbruderschaft getrunken hatten, pflegte man im zaristischen Rußland jedwedes russisches Mißgeschick — mochte es sich um ein Hagelwetter oder eine Typhusepidemie, eine Mißernte oder eine Eisenbahnkatastrophe handeln — schlechtweg auf eine „englische Gemeinheit" zurückzuführen. Der schlaue alte Katkow in Moskau und nach ihm der gerissene alte Suworin in Petersburg wandten Jahre und Jahre hindurch diese überaus bequeme Art eines Abwälzens eigener Schuld auf fremde Schultern an. Und dies nannte man damals dort große Politik. Die winzigen Katkows und Suworins, die in den Redaktionsstuben Neupolens sitzen, haben diese Art übernommen. Jeder von ihnen operiert zweimal täglich mit der „deutschen Gemeinheit", die angeblich an allem und jedem die Schuld tragen soll, was das politische, wirtschaftliche und soziale Leben des neu erstandenen Landes zu einem so wenig erquicklichen macht. Und dies nennt man hierzulande ebenfalls große Politik. Mit diesem verblüffend einfachen Verfahren geht man hier jetzt an die Lösung oder doch jedenfalls Erklärung der wirtschaftlichen Katastrophe heran, die Polens Staats- und Volkskörper — genau betrachtet, seit Polens Wiedergeburt — in den Grundfesten erschüttert. Polen geht wirtschaftlich zugrunde, lautet die Formel, weil ein böser Nachbar dies will. In erster Linie natürlich Deutschland, im übrigen aber so ziemlich jeder nichtpolnische Staat auf Erden. Eine Tageszeitung ist gewiß nicht der Ort, um Polens Mißwirtschaft, um das wirtschaftspolitische Unvermögen Polens haarklein oder auch nur in großen Umrissen darzulegen. Aber schon wenige Hinweise allgemeiner Natur mögen hinreichen, um zu zeigen, wo des bösen Uebels eigentlicher Kern liegt.

Als vor Jahr und Tag der neue osteuropäische Sprößling geboren ward, konnte man ihn um seine materielle Verfassung fast beneiden. Während das übrige Europa, zerrissen, ausgehungert, überschuldet dastand, sah sich das neue Staatsgebilde völlig frei von jeder auswärtigen oder inneren Staatsschuld, ohne wesentliche valutarische Schmerzen, überdies mit wohlwollenden Paten hinter sich, deren weitestgehende materielle und moralische Unterstützung ihm unverrückbar sicher war, und mit Nachbarn um sich, die sich kaum in der Lage befanden, ihr eigenes bißchen Existenz aufrechtzuerhalten. Das war der Status von damals — und der von heute? Der blutjunge Staat weist gegenwärtig über 300 Milliarden Polenmark Staatsschulden auf, einen ungedeckten Notenumlauf von reichlich über 120 Millarden, ein Defizit für 1921 von, optimistisch betrachtet, 100 Milliarden, schuldet überdies an seine staatliche Darlehnskasse rund 150 Milliarden. Selbst nach dem außerordentlich rosig gehaltenen Staatsvoranschlag für 1921 machen die Staatseinnahmen bestenfalls 20 v. H. der Staatsausgaben aus, während, wie ich hier vergleichsweise anführen möchte, die ersteren in England etwa 88 v. H. und selbst im unter den ungeheuerlichen Reparationen ächzenden Deutschland noch immer 33 v. H. der Staatsausgaben betragen. Damit nicht genug, wachsen in Polen die staatlichen Ausgaben unaufhaltsam um mindestens 150 Millionen täglich; was die Staatseinnahmen aber anbelangt, so beziffern sie sich jährlich auf kaum 1600 Polenmark pro Kopf der Bevölkerung, während selbst im von allen Seiten unterdrückten und zerfetzten Deutschland jeder Kopf der Bevölkerung eine staatliche Jahreseinnahme (nach dem gegenwärtigen Kurse) von rund 15 000 Polenmark bietet.

Diese polnische staatliche Mißwirtschaft spiegelt sich ganz folgerichtig und methodisch in der europäischen Bewertung der polnischen Valuta wider: im Vorjahre kostete die deutsche Reichsmark 2, der französische Frank 12 Polenmark — heute muß man dafür 27 bzw. 160 Polenmark zahlen. Dies auf polnischen, einigen deutschen und vielleicht noch schweizerischen Börsenplätzen, denn selbst in Frankreich — von England, Holland, Skandinavien und Amerika schon gar nicht zu sprechen — ist die polnische Mark eigentlich nichts Besseres denn ein Nonvaleur, das bestenfalls Liebhaberwert hat. Es ist höchst bezeichnend, daß die französisch-belgische Internationale Schlafwagengesellschaft, die sich in der ganzen Welt, auch in Deutschland, ihre Plätze in der betreffenden Landeswährung bezahlen läßt, in Warschau unter keinen Umständen polnische Mark, sondern lediglich Franken in natura in Zahlung nimmt.

Soweit von der polnischen Staatswirtschaft, deren völliges Versagen auch im Lande selbst von ausnahmslos allen Parteien restlos zugegeben wird. Und wenn man hört, auf welche Weise und durch welche mehr als naive Mittel man hier diesem Zusammenbruch entgegenarbeiten will, muß man zur Überzeugung gelangen, daß die Zukunft kaum besser als die Gegenwart sich gestalten dürfte. Der derzeitige polnische Finanzminister, Herr Steczkowski, ein gewiß kenntnisreicher und geschickter Staatswirtschaftler, kommt über theoretisch ganz hübsche Wünsche nicht hinaus: Aufhören der Valutaschwankungen durch Zuteilung Oberschlesiens an Polen (die noch sehr ungewiß ist); keine weitere Vermehrung der Staatsschuld an die Darlehnskasse (durch gleichzeitige Entrierung einer sehr großen neuen Schuld); Erhöhung der Steuereingänge

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

(durch Maueranschläge und Vereinsbeschlüsse); Verminderung der Staatsausgaben (durch gleichzeitige Gewährung aller Forderungen energischer Ressorts); Wiederbelebung der Ausfuhr (die, wie wir später sehen werden, schier unmöglich ist); ausländische Kreditoperationen (die bei aller Anstrengung bisher nur ein frommer Wunsch geblieben sind). Darin erschöpft sich das Rettungsprogramm des Herrn Steczkowski, wie er es vor dem Sejm, im Gespräch mit Pressevertretern dargelegt hat.

Ebensowenig versprechen die bekannt gewordenen Heilmethoden der polnischen Fachorganisationen oder gar der polnischen Tagespresse. Selbst die galizische Finanz- und Handelswelt, die neulich in der Lemberger Handelskammer über die Möglichkeit einer Abwendung der in Riesenschritten herannahenden Katastrophe beratschlagte, konnte anstatt durchführbarer praktischer Heilmittel nur hübschklingende theoretische Selbstverständlichkeiten angeben: Auslandskredite, forcierte Ausfuhr, Abstempelung der Polenmark. Die Presse vollends kennt — wie auch in der inneren oder auswärtigen Politik — lediglich den alleinseligmachenden Schutzmann oder Ochranaspitzel als Hilfs- und Vorbeugungsmittel, bestenfalls einen Ausverkauf Polens an das „verbündete" Ausland: die nationalistische „Rzeczpospolita" rät dringend zur Schaffung einer Aktienzettelbank mit französischem Kapital und Einführung einer französischen Frankenvaluta; der nicht nur fraktionell, sondern auch in seiner Ausdrucksweise etwas stark radikale „Przegląd Wieczorny" empfiehlt nicht minder dringend kurz und bündig Knute und Kriegsgericht unter summarischem Hinweis, daß reichlich 90 v. H. der Warschauer Börsenkulisse „mittelbar oder unmittelbar in Diensten der Moskauer Bolschewisten" stünden.

Der Grund des Übels liegt natürlich ganz wo anders und viel tiefer. Zwei überaus ernste Krankheitsherde sind es, die den polnischen Staats- und Volkskörper zunächst wirtschaftlich und somit auch allgemein bedrohen: die Außenpolitik Polens und Polens Wirtschaft. So lange diese beiden Krankheitsherde bestehen, wird auch Polens lebensgefährliche Not bestehen.

Vor Wochenfrist war ich Zeuge eines sehr bezeichnenden Wortgeplänkels im polnischen Sejm. „Unsere Auslandspolitik findet kein Vertrauen im ganzen Auslande!" rief der Wortführer der rechten Nationalisten, Herr Radziszewski. Darauf der Führer der Sozialisten, Dr. Diamand: „Ich bin gewiß selten auf Radziszewskis Seite, aber diesmal muß ich ihm recht geben." Rechts und links hatte man sich in einer Ansicht begegnet, von der man in Polens Interesse nur wünschen möchte, daß auch die gegenwärtig regierende Mitte sich zu ihr bekennt. Polen hat kein Vertrauen im Auslande — das ist des Pudels Kern, darin liegt vor allem und in erster Linie die Erklärung für die wirtschaftlichen Nöte Polens. Nicht Danziger Spekulanten, nicht oberschlesische „Heimatstreue", nicht hämische deutsche Pressevertreter in Warschau, nicht heimtückische Briten und angeblich noch immer zu deutschfreundliche Franzosen haben die polnische Mark auf einen winzigen Bruchteil ihres ehemaligen Wertes heruntergebracht, die polnische Staatsbilanz zu einem Zerrbild eines staatlichen Haushaltsvoranschlages gestaltet, einen geordneten polnischen Handel, eine normale polnische Industrie schwier unmöglich gemacht — die Polen selbst haben dies bewußt und methodisch herbeigeführt, indem sie zunächst durch ihr politisches Tun und Lassen ihr eigenes Ansehen in der ganzen Welt untergraben haben. Mag man von hiesiger Seite uns noch so oft mit kommenden Bündnissen und militärischen Konventionen drohen — Tatsache ist und bleibt es, daß keine einzige maßgebende Großmacht auf Erden für das ewige Unruhigsein, ewige Unzufriedensein der polnischen Außenpolitik irgend welches Verständnis mehr hat, diesem ständigen, stets aktiv sein wollenden Unruheherd mehr sonderlich traut, geschweige denn ihm materiell zu Hilfe kommen möchte.

Nicht viel besser sieht es im Inlande aus. Zunächst rein politisch. Der doch gewiß nicht polenfeindliche und gewiß nicht regierungsfeindliche „Narod" sprach erst vor wenigen Tagen von einer „Atmosphäre der Korruption und Verleumdung", die über dem neuen Polen lagert, und von einem polnischen Parlament, das „vom ersten Augenblick seiner Existenz an sich nur in Verleumdungen, Intrigen und politischer Demagogie erging". Dies spricht ein stramm demokratisches Blatt von seinem eigenen, sich stramm demokratisch nennenden Lande, wo — dies sei nebenbei bemerkt — von sämtlichen Ministerien nur zwei Ressorts, diejenigen für Kunst und Post, kein Recht besitzen, ohne Gerichtsbeschluß polnische Bürger mit Gefängnis zu bestrafen. Der Bauer, der hier die Regierung stellt, dessen Appetit man mit Landverteilungen kitzelt, „fühlt sich" immer mehr. Überkluge, die politisch um seine Gunst buhlen, haben ihm vorgerechnet, daß — es war dies neulich im „Economist Europeen" zu lesen — was in den Vereinigten Staaten 162 Dollars kostet, in Deutschland nur 96, in Polen aber gar nur etwa 80 Dollar kostet. Und flugs wird dem Bauer eingetrichtert, daß er seine einheimische Getreidepreise „dem Dollarkurse anpassen" müßte, das heißt eine weitere Inlandsteuerung, eine weitere Steigerung der Arbeitslöhne, eine weitere Produktionsteuerung, eine weitere Abnahme der Ausfuhr, eine weitere Verelendung des Staatsbudgets, eine weitere Intensität der einheimischen Notenpresse herbeiführen dürfte. Und der Bauer, der da weiß, daß in Warschau eine Bauernregierung" sitzt, fühlt sich hierzulange als Herr der Situation.

Der polnische Arbeiter aber huldigt mit Lust und Liebe dem Streik. Fachleute haben hier ausgerechnet, daß allein in Kongreßpolen und im jüngsten Vierteljahr allein nicht weniger als rund 1½ Millionen Arbeitstage durch Ausstände der Produktion verloren gegangen sind. Kaum haben die Lodzer Textilindustriellen etwas Rohwaren und Brennstoff ergattert, um wieder für ihre Webstühle und Spindeln einige Beschäftigung zu finden, da treten regelmäßig ihre Arbeiter in den Ausstand, wie wieder jetzt, wo 100 000 Arbeiter des Lodzer Rayons eine Lohnerhöhung um 120 v. H. (und die Kommunisten unter ihnen auch Arbeiterräte nach Moskauer Fasson) gefordert haben und nach Ablehnung ihrer Forderung in einen Generalstreik getreten sind, dem sich mittlerweile auch die Arbeiter der Bezirke von Tomaschow und Tschenstochau angeschlossen haben.

Unter solchen Umständen darf es nicht wunder nehmen, daß die polnische Industrie, diese mit wichtigste Säule der polnischen Volkswirtschaft, ihrerseits nicht allzu fern von einer ernsten Krise, vielleicht Katastrophe steht. Eine Zeitlang hatte Lodz mit Krediten gearbeitet, die ihm die Maschinen- und Rohstofflieferanten in England, Frankreich, Belgien und den Vereinigten Staaten eingeräumt hatten. Das allgemeine Mißtrauen, von dem ich oben sprach, hat jedoch diese ausländischen Kreditgeber veranlaßt, nicht nur keine neuen Kredite mehr zu gewähren, sondern die alten aufzukündigen und mit gerichtlichen Exekutionen zu drohen. Für Kredite im Inlande aber werden hier gegenwärtig privatim 36 bis 48 v. H. gezahlt. Schließlich kommt die Konkurrenz des Auslandes in Betracht. Die gute, alte Zeit, wo die Lodzer Baumwollware weit über Europa hinaus der Preislage nach erfolgreich konkurrieren konnte, ist dahin: was Lodz jetzt nicht unter 3500 Polenmark pro Meter liefern kann, liefert beispielsweise Deutschland für 90 Reichsmark, also nach dem jetzigen Kurse für etwa 2250 Polenmark für das Meter. Und ebenso erfolgreich tritt Tschechien mit Polen in Wettbewerb.

Die jämmerlichen Transportverhältnisse in Polen haben den hiesigen Holzhandel fast auf ein Minimum reduziert. Und durch das neue Naphthaabkommen mit Frankreich büßt Polen einen wesentlichen Teil seiner Naturreichtümer ein: wie aus Paris verlautet, hat die Nobelgesellschaft zusammen mit der Shell Company den Monopolverkauf des gesamten polnischen Petroleums „unter Kontrolle französischer Banken" an sich gerissen.

Wir wollen hier abbrechen. Begreiflicherweise konnte hier das große polnische Wirtschaftsproblem nicht einmal nach allen Seiten hin genau angedeutet, geschweige denn erschöpft werden. Aber auch die vorgebrachten knappen Stichproben dürften genügen, um den Grund und die Größe der polnischen Wirtschaftsnot vor Augen der Leser in aller Deutlichkeit und Gefährlichkeit zu führen. Es mag dahingestellt bleiben, ob es sich hierbei nur um eine, wenn auch noch so gefahrdrohende Krankheit oder aber um einen nicht mehr aufzuhaltenden Marasmus handelt. Jedenfalls steht sicher, daß selbst, wenn es sich lediglich um ein akutes Leiden handeln sollte, nur heroische Mittel das Allerschlimmste abwenden können. Ob das heutige Polen energisch und einsichtig genug sein wird?

Auch die heutigen rein sachlichen Ausführungen werden, dessen kann man gewiß sein, die hiesigen Rotationspressen in wenig liebliche Bewegung setzen, Schreie nach Polizei und tätige Vergeltung auslösen. Ich würde dies ungemein bedauern; es würde mich dies an die altchinesische Gepflogenheit erinnern, den es mit seiner Aufgabe ernst nehmenden Arzt für eine wenig angenehm klingende Diagnose vierteilen zu lassen. Ich wage zu bezweifeln, ob der Kranke dadurch jemals der Genesung sonderlich näher gekommen war.

Sowjetrußland.

Die rote Gefahr, welche von einer Helsingforser Meldung an die Wand gemalt wird, hat in der weiteren Gesellschaft eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen. In maßgebenden politischen Kreisen wird mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die umlaufenden Gerüchte völlig unbegründet seien. Vielleicht sind sie auch darauf zurückzuführen, daß in der letzten Zeit die lettischen bolschewistischen Blätter in Sowjetrußland einen ganz besonders scharfen Ton gegen Lettland angeschlagen haben und schäumend die Vernichtung „Weiß"-Lettlands verlangen.

So verlangt der „Kommunist" von dem in Moskau tagenden Kongreß der Internationale, daß er Sowjetrußland beauftrage, Weiß-Lettland zu vernichten und Rache für die in Lettland hingerichteten Genossen an der dortigen Bourgeosie zu nehmen, d. h. sie mit Stumpf und Stiel auszurotten, das sei Pflicht und sehnlicher Wunsch der lettischen Kommunisten Rußlands. In ähnlichen blutrünstigen Expektorationen ergehen sich andere lettische kommunistische Blätter Sowjetrußlands.

Hierzu schreibt die „Rig. Rundsch.": Dieses Treiben hat den Vizepräsidenten der Konstituante Herrn Petrewiz veranlaßt, in der in Riga erscheinenden „Darba Balss" zu erklären, daß die Rigaer bolschewistisch infizierten Sozialisten als Schleppenträger der Bolschewisten zu betrachten seien, da sie, wie bekannt, in heftiger Weise gegen die Ausweisung und Verurteilung der Kommunisten Stellung genommen haben. Währenddessen haben es die Rigaer Sozialisten nicht für nötig gehalten, gegen die terroristische Vergewaltigung der Sozialisten in Moskau zu protestieren. Herr Petrewiz meint, daß eine derartige Taktik dazu führen könne, daß die Rigaer Sozialisten ihre Gefolgschaft einbüßen.

Aus Riga wird gemeldet: Die Ernte in dem Bezirk Carhcyn und an der Niederwolga ist vollkommen vernichtet. Im Gouvernement Saratow wird die Produktion aus einem Hektar höchstens auf 160 Kilo Körner berechnet. Viele Dörfer sind vollkommen verödet. Der Skorbut verbreitet sich in entsetzlicher Weise und tötet ein Zehntel der Bevölkerung, abgesehen von der Cholera, Pest und anderen Krankheiten. Schreckliche Krankheiten herrschen in verschiedenen Gouvernements. In einem Bezirk, der 30 000 Bewohner hat, sind schon 4000 Personen vor Erschöpfung gestorben. Es bestätigt sich die Nachricht, daß der Rat der Volkskommissare vorschlug, periodisch alle fünf Tage die Ausgabe der Brotrationen für 30 v. H. der Petersburger und Moskauer Bevölkerung zurückzuhalten. Die Hungerkatastrophe lähmt alle Anstrengungen in der Industrie. Eine Fabrik nach der anderen steht still. Die Zuckerrübenpflanzungen in der Ukraine sind zur Hälfte vernichtet. Die Gesamtzuckerernte wird in diesem Jahre in ganz Rußland auf 7 Millionen Pfund berechnet. Im Jahre 1911 betrug die Ernte 117 Millionen Pfund.

Deutsche Hilfsaktion für Rußland.

Zu der in Aussicht genommenen Hilfsaktion für das russische Volk erfahren wir, daß Gerhart Hauptmann den von Maxim Gorki an ihn gerichteten Hilferuf unverzüglich der Reichsregierung mitgeteilt hat. Es ist seitens der Regierung festgestellt worden, daß der Schritt Gorkis im Einvernehmen mit der Sowjetregierung erfolgt. Gorki wird in der nächsten Zeit in Berlin eintreffen, um mit den hier für die Hilfsaktion in Frage kommenden deutschen Stellen, vor allem dem Roten Kreuz, über die weiteren Maßnahmen zu beraten. In Moskau hat sich ein Hilfskomitee gebildet, das von irgendwelchen politischen Zielen vollständig frei ist und dem auch Mitglieder nichtbolschewistischer Parteien angehören.

Gerhart Hauptmann wird den an ihn ergangenen Hilferuf Maxim Gorkis persönlich beantworten. Es ist bereits Fühlung mit russischen Kreisen genommen worden. Deutschland wird sich an dieser internationalen Hilfsaktion für das außerordentlich schwer leidende russische Volk nach Maßgabe seiner Kräfte beteiligen. Dies ist umso dringender, als von der russischen Hungersnot auch eine große Anzahl deutscher Siedlungen, namentlich im Wolgagebiet, betroffen werden.

Ein neues Lohnsystem in Sowjetrußland.

Die Sowjetregierung hat für eine Reihe von Betrieben der Industrie und des Verkehrswesens versuchsweise folgendes System der Entlohnung eingeführt: Die individuelle Versorgung und Naturalprämiierung der Arbeiter und Angestellten hört auf und wird durch Gesamtzuweisungen ersetzt, die den einzelnen Betrieben, ohne Rücksicht auf Änderungen ihres Personalbestandes, zur Verfügung gestellt werden. Diese Beträge und Naturalleistungen werden auf Grund der im März 1921 tatsächlich an die betreffenden Betriebe erfolgten Zuwendungen festgesetzt. Der Entlohnungsfonds darf jedoch nur in dem Falle vollständig verteilt werden, wenn das Produktionsprogramm voll erfüllt wird; anderenfalls soll ein dem Ausfall der Produktion entsprechender Teil des Fonds der Verteilung entzogen werden. Das neue Entlohnungssystem stellt einen Versuch dar, die Arbeiterschaft der einzelnen Betriebe solidarisch an der Produktivität der Arbeit und an der Einschränkung des Betriebspersonals zu interessieren.

Das neue Stadium der amerikanisch-mexikanischen Beziehungen.

Die Beziehungen zwischen der Vereinigten Staaten und Mexiko sind in ihrer Krisenhaftigkeit in ein neues Stadium gerückt. Mexiko glaubt auch seinerseits gewisse Ansprüche auf seinen Bodenreichtum geltend machen zu dürfen, dessen Ausbeutung im wesentlichen in Händen amerikanischer Unternehmungen liegt. Es hat mit Wirkung ab 1. Juli eine Erhöhung der Ausfuhrzölle auf Öle beschlossen. Die Erträgnisse der Steuererhöhung waren in erster Linie dazu bestimmt, die Wiederaufnahme des mexikanischen auswärtigen Staatsschuldendienstes zu ermöglichen.

Die amerikanischen Ölinteressenten, voran die Standard Oil Company, erklären diese Abgaben für absolut konfiskatorischer Natur. Sie haben den Betrieb auf ihren Ölfeldern einstellen lassen und ihre Tanker aus dem Mexikodienst zurückgezogen. Dadurch sind allein in Mexiko 20 000 bis 25 000 Arbeiter beschäftigungslos geworden, und Unruhen unter ihnen stehen zu befürchten, wenn auch bisher keinerlei Zwischenfälle sich ereignet haben. Mexikanische Kreise sehen in diesem Vorgehen der Ölgesellschaften einen weiteren Versuch, dem Präsidium Obregon und seiner Regierung Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Diese Meinung wird auch in Kreisen von Ölinteressenten in den amerikanischen Südstaaten Oklahoma, Texas, Kansas und Louisiana geteilt, die die von Mexiko eingehobene Exportabgabe für vollständig gerechtfertigt erklären.

Die Interessenvertretung der Ölproduzenten dieser Staaten — von deren Legislaturen aus übrigens hauptsächlich die Anerkennung Obregons als Präsident seitens der Vereinigten Staaten betrieben wird — gibt eine Darstellung, die nach Abzug des entsprechenden Maßes von Konkurrenzneid immerhin einiges Licht auf die Berechtigung der mexikanischen Besteuerung fallen läßt. Es heißt da: „Die Vereinigten Staaten verbrauchen 90 Prozent der mexikanischen Förderung an Rohöl, 400 000 Barrels pro Tag, von denen die Vereinigten Staaten selbst keinen Cent Abgaben oder Zölle erheben. Mexiko, das sein Petroleum als einen von der Natur verliehenen Reichtum betrachtet, ist durchaus berechtigt, das Maß von Nutzen aus seinen Bodenschätzen zu ziehen, wie es die neu Abgabe vorsicht. Wir hoffen, daß Mexiko sich nicht von selbstsüchtigen Interessenten wird berauben und plündern lassen. Es wird in seinem Widerstand die Unterstützung der Produzenten im amerikanischen Binnenland und an der Golf-Küste finden."

Die Situation nimmt eine fatale Ähnlichkeit mit den Vorgängen an, die im Mai 1920 zum Sturze Carranzas, des Vorgängers von Obregon, geführt haben. Auch damals wurden wie heute amerikanische Kriegsschiffe nach Tampico zum Schutze amerikanischer Interessen entsandt, besonders unter dem Vor-

---

Um eines Mannes Ehre.

Original-Roman von A. Groner.

(42. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Er nahm Horst beim Arm und dirigierte ihn in die Querstraße hinein, an deren Ecke er ihn erwartet hatte.

„Also — was wünschen Sie denn zu wissen?" erkundigte sich Horst.

„Ich habe Sie die ganze Zeit her beobachtet."

„Oh!"

„Seit Sonntag nämlich, seit Sie mit dem Schreiben des Baurates aus Bergers Zimmer zurückgekommen sind."

„Aha!"

„Sie haben damals sehr merkwürdig ausgesehen, Herr Ingenieur!"

„Ja, ich weiß. Es ist das auch der Leni aufgefallen."

„Na — sehen Sie. Ganz weiß waren Sie im Gesicht, und Ihre Augen waren so seltsam und Ihre Stimme war ganz rauh."

„Es ist mir eben etwas unbeschreiblich Widerwärtiges zur Kenntnis gekommen."

„In Bergers Zimmer?"

„Ja — dort."

„Sie haben wirklich so ausgesehen, als ob Sie einem Gespenst begegnet wären."

„Ich wäre lieber einem Gespenst begegnet."

Daraufhin herrschte eine Weile Schweigen.

Herr von Horst sah wieder so steif aus wie Sonntags abends.

Der bescheidene alte damalige Geschäftsführer ließ sich von dieser Steifheit einschüchtern. Endlich aber fing er doch wieder zu reden an.

„Also damals schon bin ich nachdenklich geworden," sagte er, „denn wenn auch das Fräulein Hanna gemeint hat, Sie seien unwohl, ich und mir scheint, auch die Frau Tante haben sofort gespürt, daß das etwas viel Ernsteres war, als ein plötzliches Unwohlsein."

„Es war etwas weit Ernsteres. Aber ich kann es Ihnen nicht sagen, was es war."

„Ich möchte es — bei Gott — nicht aus Neugier wissen."

„Das nehme ich ohnehin an."

„Ich möchte nur helfen können — falls es da etwas zu helfen gibt — oder aufzuklären. Herr Ingenieur haben den toten Berger so merkwürdig angeschaut, wie man für gewöhnlich einen, der schon im Sarge liegt, nicht anschaut. Was — was ist Ihnen denn?"

Diese Frage galt einer auffallenden Handlung des jungen Mannes.

Herr von Horst war stehen geblieben und hatte Breuner beim Handgelenk gefaßt. Er schaute ihm jetzt dringlich in die Augen und antwortete auf Breuners Frage wieder mit einer anderen Frage.

„Ist es Ihnen nicht auch vorgekommen, als ob Bergers Züge noch im Sarge wie in Grimm erstarrt aussahen?"

„Wie in Grimm erstarrt," antwortete Breuner bedächtig, „ganz richtig, wie in Grimm erstarrt. Wie hätte sein armes Gesicht denn aber anders aussehen sollen? Ist er denn nicht unter den Griffen seines Mörders in wildem Grimm gestorben?"

„Freilich! freilich!" mußte Herr von Horst zugeben, und er wollte den Augen des alten Mannes ausweichen — aber dessen ernster Blick ließ den seinigen nicht los, und er zuckte zusammen, als Breuner vorwurfsvoll sagte: „Sie haben etwas gegen den Toten. Sie haben etwas gegen ihn, und ich glaube, das verdient er nicht. Er war ja doch ein Ehrenmann."

„War er es?"

„Herr von Horst! Ja, warum zweifeln Sie denn daran?"

„Ich muß leider daran zweifeln."

„Das verstehe ich nicht. Das ist mir rätselhaft, so rätselhaft wie Ihre Frage, ob Berger in Bosnien war. Über diese Frage muß ich auch noch immer nachdenken. Aber freilich, dieses Rätsel quält mich wenigstens nicht."

„Und das andere quält Sie?"

„Gewiß — denn wenn Berger auch sehr viele unangenehme Eigenschaften gehabt hat — diese Eigenschaften haben mich ja aus seinem Haus geekelt — so kann ich es doch nicht ohne Leid anhören, wenn ihm einer, gar derjenige, der sein Schwiegersohn hat werden wollen, die Ehre abspricht — jetzt, wo er sich nicht mehr verteidigen kann."

„So verteidigen doch Sie ihn, Herr Breuner. Wenn Sie es können, tun Sie es, keiner wird Ihnen dafür mehr Dank schulden als ich. Sie haben nahezu zwanzig Jahre mit ihm gearbeitet, haben während dieser ganzen langen Zeit dicht neben ihm gelebt — Sie, gerade Sie müssen es wissen, ob er ein Ehrenmann war."

„Daß er einer war, weiß ich," sagte Breuner mit ruhiger Festigkeit und dann noch einmal: „Daß er einer war," und zornig setzte er hinzu: „Deshalb begreife ich nicht, wie Sie zu Ihrem Zweifel kommen. Da muß ein Mißverständnis walten. Reden Sie! Herr Ingenieur! So reden Sie doch!"

(Fortsetzung folgt.)

geben, mit Unruhen unter der ausgesperrten Arbeiterschaft rechnen zu müssen. Die entsandten Schiffe, der Kreuzer „Cleveland“ und das Kanonenboot „Sacramento“, haben Landungstruppen an Bord und fahren mit der Instruktion, „amerikanisches Leben und Eigentum im Falle von Unruhen zu schützen“ und einzugreifen, auch ohne besondere Instruktion von Washington erhalten zu haben. Vielleicht glauben die mächtigen Ölinteressenten den Tag nicht mehr fern, da die Vereinigten Staaten die Hand auf Mexiko legen. Die Stellung Obregons, der wegen seiner Landgesetzgebung, die eine Enteignung von Grundbesitz seitens der Regierung ermöglicht, auch von klerikal-konservativer Seite scharfe Angriffe erfährt, würde durch Unruhen unter der Arbeiterschaft, der aber „bolschewistische Tendenzen“ nicht nachgesagt werden können, sicherlich nicht die Festigung erfahren, deren der Präsident bedarf, um gegen die unterminierende Tätigkeit und Taktik der Petroleuminteressenten die Anerkennung seiner Regierung seitens der Vereinigten Staaten durchzusetzen, die für ihn die Lebensfrage bleibt.

Aus den Nordlanden.

Der schwedische Ministerrat hat beschlossen, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen zur Zweiten Kammer für die Zeit vom 11. bis 18. September anzuberaumen. Über eine besondere Ursache zu dieser Entscheidung ist ins Ausland keine Kunde gedrungen; indessen wird es wohl daran nicht fehlen, wie denn überhaupt die skandinavischen Staaten unter den schwierigen allgemeinen Verhältnissen ebenso zu leiden haben wie die großen Länder. Den Hemmungen des Wirtschaftslebens gesellen sich soziale Unstimmigkeiten, auf die eine norwegische Regierungsvorlage, die jetzt vom Storthing angenommen worden ist, ein bezeichnendes Licht wirft. Sie betrifft die Einführung einer außerordentlichen Vermögenssteuer auf Vermögen von über 200 000 Kronen an. Die Erträgnisse sollen bestimmt sein zur Deckung der Kriegsschulden des Staates und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Man beabsichtigt, den Gemeinden Anleihen zu gewähren für Einrichtung von Notstandsarbeiten, und zwar mit einer Laufzeit von zehn Jahren. Aus der Tatsache, daß in diesem Steuergesetz Abgaben für Vermögen bis zu 20 Millionen Kronen festgelegt sind, ergibt sich, daß während des Krieges und nach ihm in Norwegen eine einseitige Kapitalanhäufung sich vollzogen hat, während auf der anderen Seite wirtschaftliche Not und soziale Bedrängnis Einkehr gehalten haben. Tatsächlich sind zum Beispiel die skandinavischen Schiffahrtsgesellschaften und Einzelreeder trotz der Schiffsverluste durch den U-Bootkrieg zu sehr beträchtlichen Geschäftserträgnissen gelangt, so daß Dividendenausschüttungen von mehreren hundert Prozent keine Seltenheit gewesen sind. Es ist nur ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, wenn diese Gewinne jetzt steuerpolitisch fruktifiziert werden im Interesse der durch den wirtschaftlichen Rückschlag erwerbslos gewordenen Arbeiter und Schiffsmannschaften. Die stark verringerte Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes macht sich aber nicht zuletzt für den Standard der Lebenshaltung in den skandinavischen Ländern bemerkbar.

Um Memels Selbständigkeit.

Der Botschafterkonferenz, die sich den Kopf zu zerbrechen hat über Dinge, von denen sie nicht eben viel versteht, ist jetzt u. a. eine Eingabe aus dem deutschen Memellande zugegangen, in der als Wunsch der überwältigenden Mehrheit der memelländischen Bevölkerung bezeichnet wird, das memelländische Volkstum in einem selbständigen Staatsgebilde zu erhalten. Die ausdrückliche Verwahrung dagegen, entweder Polen oder Litauen zugeteilt zu werden, offenbart die Erkenntnis der Memelländer, welche politische Gefahren ihnen drohen, und bei der grundsätzlichen Voreingenommenheit der Botschafterkonferenz muß es leider fraglich erscheinen, ob die Erklärung der Bereitwilligkeit der Führer sämtlicher großen Berufsgruppen des Memellandes, mit allen Nachbarländern Handelsverträge abzuschließen, sowie Deutschland, Litauen, Polen und Lettland freie unbehinderte Benutzung der Eisenbahnen, der Wasserstraßen und des Memeler Hafens einzuräumen, bei der Botschafterkonferenz hinreichend Eindruck machen wird, um sie von einer politischen Zwangszuweisung des Memellandes an den polnischen oder den litauischen Staat zurückzuhalten. Dieses Land hat für jeden, der die politischen Dinge bei der gegebenen Sachlage vorurteilslos abwägt, nicht geringeren Anspruch auf staatliche Selbständigkeit, als er bei Danzig anerkannt worden ist. Es fehlen ihm durchaus völkische Berührungselemente mit Polen oder mit Litauen. Das Land würde bei der einen wie der anderen Zwangszuweisung einfach verkommen, seiner Eigenkultur, die ihm einen besonderen Wert im äußersten Nordosten gibt, verlustig gehen, ohne daß von solchem Ausgang irgend einem Gewinn erwüchse. Polen wie Litauen haben bereits ihre Seekante, und ihr Handel könnte nur Vorteil davontragen, wenn ein nicht politisch aufgesogenes Memelland mit gut funktionierender Verwaltung das Durchgangsgebiet darstellte. Möge die Botschafterkonferenz das in Besonnenheit abwägen.

Verschärfung des Streiks.

Generalstreik in ganz Polen?

Mittwoch fand im Textilklassenverband, Sienkiewicza 9, eine Sitzung der Hauptverwaltung statt, an der auch der Vertreter der Zentralkommission, Abg. Żuławski, sowie eine ganze Reihe von Vertretern der Provinzialabteilungen teilnahmen. Abg. Szczerkowski erstattete Bericht über die letzte Konferenz beim Wojewoden und begründete daran anschließend die Notwendigkeit des weiteren Streiks. Auch andere Personen ergriffen das Wort und sprachen sich dafür aus, daß die von den Industriellen bewilligte Lohnerhöhung unmöglich angenommen werden könne, so daß eine Ausdehnung des Streiks angestrebt werden müßte. Nach längeren Beratungen wurde beschlossen: 1. die Versammlung stimmt dem Standpunkte, den die Delegierten während der Verhandlungen mit den Industriellen eingenommen haben, zu und tritt für die Ausdehnung und Verschärfung des Ausstandes ein; 2. die Bergarbeiter und der Eisenbahnerverband sind aufzufordern, den Streik in der Lodzer Textilindustrie ihrerseits durch Ausstand zu unterstützen. Falls es nötig sein sollte, soll der Zentralausschuß Schritte unternehmen, um den Generalstreik in Polen zu verkünden. Gleichzeitig wurde beschlossen, in ganz Polen für die streikenden Textilarbeiter Spenden zu sammeln. Außerdem soll zu diesem Zweck ein Darlehn von 20 Millionen Mark in der Volksbank aufgenommen werden. Schließlich soll noch an alle Arbeiter ein Aufruf zu weiterem Streik ergehen.

Republik Polen.

Der neue Leiter des Posener Ministeriums.

Trotzdem über die Liquidierung des Ministeriums des ehem. preußischen Teilgebiets als von einer Tatsache gesprochen und dem Unterstaatssekretär Władisław Seyda für die Zeit der Liquidierung die Leitung dieses Ministeriums übertragen wurde, ist nunmehr doch der Abgeordnete Trzyński, ein Mitglied der Nationalen Volksvereinigung, zum Minister des Posener Ministeriums ernannt worden. Diese Ernennung zeigt ziemlich klar, daß die Spaltung zwischen den Posener Polen und Kongreßpolen auch von behördlicher Seite gestützt wird und daß die Unifizierung noch ernstlichen Widerstand finden dürfte.

† **Vom Marschallgericht.** Gestern beriet das Marschallgericht über die beleidigenden Vorwürfe, die die Volksparteiler den Abg. Skarbek und Adam machten. Der Vertreter der Volksparteiler Abg. Kowalczuk konnte den Wahrheitsbeweis für die erhobenen Vorwürfe nicht erbringen. Infolgedessen forderten die Abg. Skarbek und Adam die Vorladung einer Reihe von Zeugen aus den Beamten des Ministeriums, um in negativer Form die Grundlosigkeit der Vorwürfe festzustellen.

† **Szarota polnischer Gesandter im Haag.** Der „Przegląd Wieczorny“ erfährt aus polnischen Regierungskreisen, daß zum polnischen Gesandten im Haag Herr Szarota ausersehen ist, den die polnische Presse im allgemeinen als für diesen Posten sehr geeignet bezeichnet, da er mit den im Westen herrschenden Verhältnissen gut vertraut ist. Betont wird jedoch, daß ihm die Ostverhältnisse vollkommen fremd sind.

† **Die Delegation für Warschau.** Die nach Moskau abgegangene polnische Delegation setzt sich folgendermaßen zusammen: Filipowicz als Gesandter Polens in Rußland, Roman Stolz als Legationsrat, Tomas Moraczewski als erster Sekretär, Wacław Ory als zweiter Legationssekretär, Jan Zalewski als Attaché, Oberst Wolikowski als Militärattaché, Włodzimierz Kwiatkowski als Generalkonsul, Abg. Szarota als Gesandter in Carko in der Sowjetukraine.

† **Der tschechoslowakische Konsul in Posen, Dr. Jan Glos,** begann am 1. Juli seine Amtstätigkeit in den Bureaus des Konsulats Plac Sapieżyński Nr. 8 auszuüben. In das Tätigkeitsgebiet dieses Konsulats fallen die Wojewodschaften Posen und Pommerellen und das Gebiet der Freistadt Danzig.

† **Vom Sozialistenkongreß.** Auf dem Lodzer Parteikongreß der Sozialistenpartei erreichte die Diskussion über den Hauptgegenstand der Tagung, nämlich über die Richtlinien der künftigen Parteitaktik, ihren Abschluß. Als Hauptreferenten hatten die Vertreter des Parteizentrums den Abg. Pel bestimmt. Dieser legte den Standpunkt der Mehrheit des Parteiausschusses dar, der überwiegend evolutionistisch gerichtet ist. Gleichzeitig wurde eine Resolution dieser Seite vorgelegt, die auf eine Rechtfertigung der von der sozialistischen Partei in praxi während des Krieges mit den Bolschewisten geführten Politik und ebenso der gegen die Regierung betriebenen Opposition. Den linken Flügel vertrat der Führer der Arbeiter-Kooperative, Zaremba. Er kritisierte scharf die Zickzacktaktik der P. P. S.-Partei, die bei dem Russenkrieg annektionistische Ideale vertreten habe. Die von der Linken vorgeschlagene Resolution betonte schärfer den revolutionären Charakter des Sozialismus und erhob ausdrücklich Widerspruch gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung.

Bei der Abstimmung siegte die Resolution Perl gegen Zaremba mit 161 gegen 115 Stimmen. Ein Zusatzantrag Niedziałkowski verschärfte jedoch den Ausdruck der oppositionellen Kampfstellung der Partei gegen das gegenwärtige Kabinett Witos. Am dritten Verhandlungstage soll die Frage des Austritts oder Verbleibens der Partei in der zweiten Internationale entschieden werden.

† **Ruhe in Warschau.** In der polnischen Hauptstadt herrscht augenblicklich eine vollkommene Ruhe. Dagegen macht sich auf dem Lande eine immer regere Werbetätigkeit der Agitatoren der verschiedensten Parteien für die kommenden Wahlen bemerkbar. Eine besonders rege Tätigkeit entfaltet die Partei des jetzigen Ministerpräsidenten Witos (Polnische Volkspartei), die auch, wie man aus den Pressestimmen entnehmen kann, die größten Aussichten für den Wahlsieg hat.

Deutsches Reich.

** **Deutsche Vertreter auf der Interparlamentarischen Union.** Als deutsche Delegierte werden folgende Parlamentarier zur Stockholmer Tagung der Interparlamentarischen Union vom 16. bis 20. August gehen: Graf Bernstorff, Professor Eickhoff, Reichspostminister Giesberts, Minister Hildebrandt, Frau Juchacz, der frühere Außenminister Dr. Köster, Reichstagspräsident Löbe, der frühere Reichskanzler Herrmann Müller, Dr. Pfeiffer, Prof. Schücking und Wermuth.

** **Der polnische Vertreter in Berlin.** Wie der „Dziennik Berlinski“ erfährt, wurde entgegen der Nachricht über die Ernennung des Vizeministers Strasburger zum Gesandten in Berlin, der bisherige Delegierte der polnischen Regierung bei der Verteilung des früheren deutschen Eigentums in Danzig, Madeyski, zum polnischen Gesandten in Berlin ernannt. Madeyski war während des Krieges vorübergehend galizischer Landschaftsminister in Wien.

** **Eine Sitzung des Reichskabinetts.** Das Reichskabinett trat zur Besprechung politischer Tagesfragen zu einer Sitzung zusammen, an der auch Reichspräsident Ebert teilnahm. Vorher war der englische Botschafter im Auswärtigen Amt erschienen, um Herrn Dr. Rosen eine Mitteilung seiner Regierung zuzustellen.

** **Der deutsch-amerikanische Friede.** Die Verhandlungen zwischen dem amerikanischen Bevollmächtigten Dressel und dem Außenminister Rosen über den deutsch-amerikanischen Friedenszustand sind noch nicht beendet. Sie nehmen aber, wie von maßgebender Quelle berichtet wird, einen günstigen Verlauf.

Freistaat Danzig.

*† **Schiffsverkehr.** In der letzten Woche landeten im Danziger Hafen 49 Schiffe, davon 12 Passagierdampfer, 8 gemischte Dampfer und 7 Warendampfer, davon zwei mit Mehl und Getreide, einer mit Holz, zwei mit Heringen, zwei mit Kohlen und einer mit Zement. In derselben Zeit verließen Danzig 62 Schiffe, davon 18 leere, 16 Passagierdampfer, 4 gemischte Dampfer, 11 Warendampfer, davon 2 mit Zucker, 8 mit Holz und 7 mit Zement.

Zur Domänenfrage.

Der Zweck heiligt die Mittel.

Um die Domänenpächter aus ihren Pachtgütern zu werfen, bedient man sich neuerdings der absurdesten Mittelchen. Man muß natürlich eine Begründung für das Vorgehen haben, und da heiligt der Zweck die Mittel. „Schlechtes Wirtschaften“ als Grund anzugeben, erscheint den betreffenden Behörden wohl nachgerade selbst abgeschmackt. Darum greift man jetzt zu anderen Argumenten, die allerdings neben der Abgeschmacktheit auch noch das Odium ungeheuerlichster Absurdität tragen.

Als Beispiel möge dienen, was Herr Oberamtmann Flemming-Mazewko schreibt:

„Heute ist auch mir vom Pomorski Urząd Wojewódzki Wydział dóbr Państwowych Licz. dz. VII folgendes Schreiben zugegangen: Laut Besprechung mit der preußischen Regierung war der Herr Pächter der Domäne Malzewko nur solange Pächter, solange Polen und Deutschland nicht im Kriegszustande sind. Bis zu der Zeit waren Sie verpflichtet, auf der Domäne volles Inventar zu halten. Seit dem Kriegszustande zwischen Deutschland und Polen werden Sie als ein Geschäftführer ohne Auftrag betrachtet. Wir verbieten Ihnen daher, irgend welche vereinzelte Umänderungen an lebendem und totem Inventar usw., für welche Sie auf unsern Anspruch verantworten. Jedes Überschreiten wird als ein Arrestbruch betrachtet . . .“

„Kriegszustand“ zwischen Deutschland und Polen als Grund für Enthebung und Enteignung deutscher Domänenpächter! Man muß sich wirklich an den Kopf fassen, um festzustellen, ob man nicht einen schweren Traum träumt. Oder haben wir Kriegszustand mit Deutschland? Wir wissen nichts davon. Und selbst wenn das der Fall wäre, wäre es noch lange kein Grund zur Enteignung polnischer Staatsbürger.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 30. Juli.

Aufhebung der Leibesstrafen in den Schulen.

Auf dem Gebiet des früher preußischen Anteils der Republik Polen bestand, mehr formal als praktisch, noch das Recht der Lehrer, körperliche Züchtigungen an den Schulkindern vorzunehmen. Auf Grund des Artikels 38 der polnischen Verfassung hat nunmehr der Unterrichtsminister folgende Verordnung erlassen:

„§ 1. Die Vornahme von Leibesstrafen in der Schule ist verboten. § 2. Die Übertretung dieses Verbots durch die Lehrer zieht disziplinarische Verantwortlichkeit nach sich, die auf Grund der im früher preußischen Anteil verpflichtenden Vorschriften eine strafrechtliche Verantwortlichkeit nicht ausschließt, falls die körperliche Züchtigung in einer die Gesundheit des Schülers bedrohenden Weise erfolgt ist. § 3. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.“

Warnung vor dem übermäßigen Gebrauch von Sonnenbädern.

Schon oft ist von ärztlicher Seite darauf hingewiesen, wie wohltätig die Sonnenstrahlen auf den Körper einwirken, und wie sie gegen einzelne Krankheiten das beste und wirksamste Heilmittel sind. Es muß aber immer wieder betont werden, daß auch hier Beschränkung walten muß, wenn an Stelle von Heilung und Kräftigung nicht Schädigungen der Gesundheit durch die Sonnenbestrahlung hervorgerufen werden sollen. Es ist gerade jetzt wieder reichlich Gelegenheit gegeben, Personen zu beobachten, die sich den Sonnenstrahlen zu lange ausgesetzt und dadurch schmerzhafte Entzündungen der Haut davongetragen haben. Dies wäre vermieden worden, wenn sie die Haut erst nach und nach an die chemische Wirkung der Sonnenstrahlen gewöhnt und dadurch eine allmähliche Braunfärbung erlangt hätten. Erst wenn diese vorhanden ist, darf ohne Gefahr für Entzündungen die Dauer des Sonnenbades verlängert worden. Ganz besonders muß aber davor gewarnt werden, den Kopf ohne schützende Bedeckung längere Zeit den Sonnenstrahlen auszusetzen, da sonst die Erscheinungen des Sonnenstiches und starke Schädigungen der Gesundheit die Folge sein können. Es kann daher nur nochmals an die gesamte Bevölkerung, vor allem an Eltern und die mit der Beaufsichtigung der badenden Schuljugend beauftragten Personen die dringende Warnung gerichtet werden, nicht durch übermäßigen Gebrauch von Sonnenbädern deren heilende und kräftigende Wirkung in das Gegenteil zu kehren und sich oder die ihnen anvertrauten Kinder Schädigungen auszusetzen, die bei der durch die Wirkungen der Kriegsjahre verringerten Widerstandsfähigkeit von unheilvollsten Folgen sein können.

× **Die Verteilung von Lebensmittelkarten für den Monat August** findet von heute, Sonnabend ab in den durch Anschlag an den Litfaßsäulen bekannt gegebenen Ausgabestellen statt. Gleichzeitig erfolgt die Verteilung von Zuckermarken, die zum Erwerb von Einmachezucker berechtigen.

Ausstellung Münchener Graphik in Posen. Bei Hell findet von Montag, dem 1. August, ab eine Ausstellung von graphischen Werken Münchener Künstler statt. Die Ausstellung umfaßt unter anderem Karikaturen von Pretorius, zwei radierte Exlibris von Prof. Willi Geiger, Holzschnitte von Guggenberger, Exlibris von Etzold, von Vogenauer, Holzschnitte von Pfeiffer, einem Posener Kind, Radierungen von Felix Maserek, Exlibris von Cuntze, Waltzien und Holle von Bechtoldsheim.

Nicht bei Gewitter baden! Die Erfahrung lehrt, daß Badende häufig während eines Gewitters vom Blitze getroffen worden sind. Das ist leicht verständlich, weil alle Wasserflächen den Blitz anziehen und oft von Schlägen getroffen werden, ohne daß dies bemerkbar hervortritt. Befinden sich nun Badende im Wasser, deren Kopf und Körper über die Fläche hervorragen, so bieten diese nur zu leicht einen besonderen Treffpunkt für den elektrischen Funken. Bei einem nahenden Gewitter unterlasse man also lieber das Baden.

× **Der Butterpreis** betrug in der heut zu Ende gehenden Woche (vom 25. bis 30. d. Mts.) 230—250 M. für das Pfund.

* **Wollstein, 28. Juli.** Ein bedauernswerter Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend. Der einzige, 9jährige Sohn der Kriegerwitwe Palo spielt mit mehreren Knaben in der Sandgrube von Flieger und Kramarek. Während die anderen Kinder zum Baden gingen, verweilte P. noch dort und ist vermutlich von herabfallenden Sandmassen verschüttet worden, so daß der Erstickungstod eintrat. — Gestern mittag um 2 Uhr wurde die freiwillige Feuerwehr durch ein Großfeuer in Wroniawy alarmiert. Bei der großen Dürre und dem Winde griff das Feuer schnell um sich. Infolge Wassermangel konnten auch die massiven Wohnhäuser nicht gerettet werden. Es verbrannten fünf Wohnhäuser nebst den dazu gehörigen Scheunen und Stallungen. Da der größte Teil der neuen Ernte schon eingebracht und alles sehr niedrig versichert war, ist der Schaden ziemlich bedeutend. Der Brand soll durch Funkenauswurf aus dem Backofen entstanden sein. An dem Rettungswerk beteiligten sich 11 Spritzen.

* **Bromberg, 28. Juli.** Durch die hiesige Kriminalpolizei wurde ein gewisser Eduard Obalkowski mit seiner Geliebten verhaftet. Er hatte in Warschau eine Million Mark unterschlagen und war auf dem besten Wege, damit hier ein Schlemmerleben zu beginnen. Die Polizei hat sein löbliches Beginnen aber schon bei den ersten Anläufen verhindert.

* **Strasburg, 26. Juli.** Über den Doppelmord, der vor einigen Wochen in Miejskie-Pole (Abbau) verübt worden ist, wird berichtet, daß ein Knecht den Mord verübt hat, der den Eigentümer Palusz vorher beraubt hat. Wahrscheinlich hat Palusz ihn dabei ertappt und darauf erschlug der Knecht ihn, sowie die Wirtin mit einer Axt. Der Mörder hat sich 1000 Dollar und eine große, noch nicht festgestellte Summe polnischen Geldes angeeignet. Er vergrub das Geld angeblich unter einem Stein, wo man es jedoch nicht vorfand. Wahrscheinlich hat er es an einer andern Stelle versteckt oder irgend einem Genossen übergeben.

* **Danzig, 27. Juli.** Über schwere Wechselfälschungen eines Danziger Kaufmanns berichtet die „D. Z.“: Dem früheren Danziger Stadtrat Dr. Grünspann wurde dieser Tage ein Wechsel über 1 400 000 M. mit seinem Akzept präsentiert, das dieser als gefäscht zurückwies. Die Ermittelungen haben bereits soviel als sicher ergeben, daß der Fälscher der in Langfuhr ansässige Kaufmann Paul Wiedenhöft ist, der noch zu Beginn dieses Jahres im städtischen Brennstoffamt beschäftigt war. Er wurde wegen Betruges und Urkundenfälschung verhaftet und ist geständig. Es haben sich dabei eine ganze Reihe weiterer Schwindeleien herausgestellt, durch die angesehene Kaufleute, Beamte und Offiziere geschädigt sind.

Aus Ostdeutschland.

* **Kolberg, 26. Juli.** Einen eigenartigen Selbstmord verübte ein jugendliches Liebespaar in einem Dorfe des Kreises Kolberg. Das Paar umwickelte sich nach reichhaltigem Alkoholgenuß mit Draht und warf das eine Ende des Drahtes über eine Starkstromleitung. Beide waren sofort tot.

* **Rastenburg, 17. Juli.** Der bei den Blausteiner Torfwerken angestellte Bureaugehilfe Pohl ist auf der Chaussee ermordet und beraubt worden. Er hatte vom Bureau die Löhnung für die Arbeiterschaft in Höhe von 17 000 Mark in Empfang genommen und sich auf den Weg nach den Torfwerken begeben. Er wurde im Chausseegraben liegend erstochen aufgefunden. Die Tat wurde anscheinend mit einem Seitengewehr ausgeführt.

Albert Birner
Gertrud Birner
geb. Böttcher
Vermählte
Poznań, den 30. Juli 1921
ulica Polna 3

Gestern abend 3/412 Uhr entschlief sanft nach langem schweren Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter und einzige Tochter

Auguste Knopsmeier,

geb. **Pätz,**
im Alter von 27 Jahren.

Um stilles Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dominowo, Kr. Schroda, Albrechtshof bei Kolzig, Kreis Arnswalde. [2246

Für die überreichen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Hinscheiden unseres unvergeßlichen Sohnes, Mannes, Bruders und Verwandten
Ewald Selzer
sowie für die vielen schönen Kranzspenden sagen allen dafür unsern herzlichsten Dank und Gott vergelts.
Poznań, den 30. Juli 1921. [2258
Otto Selzer.

Below - Knothesches Lyzeum

im eigenen Hause am Wały Jana III Nr. 4.
Beginn des Unterrichts am 1. September um 9 Uhr, für Lernanfänger erst um 10 Uhr. — Aufnahmeprüfung um 11 Uhr für alle Klassen. — Für das 1. bis 3. Schuljahr werden auch Knaben aufgenommen. — Anmeldungen täglich im Schulhaus.
Oberlehrerin **Schiffer,** Leiterin.

Zahn-Atelier
W. Dzielinski (vorm. C. Sommer)
plac Wolności 5. [2059b

[2247
Zurückgekehrt
W. Dzielinski,
Zahnatelier, vorm. C. Sommer.

Verordnung.

Der Sąd Powiatowy (Landgericht) hat am 26. 7. d. J. folgende Verfügung erlassen: Es wird dem **Max Etter** verboten, über das Installationsgeschäft Posen, Górna Wilda 36, und seine Teile zu verfügen, sofern es sich nicht um Gegenstände handelt, die zum laufenden Verkauf bestimmt sind, und zwar unter Androhung einer Arreststrafe für jeden einzelnen Fall des Nichteinhaltens obigen Verbots.

Deshalb warne ich vor Ankauf des Installationsgeschäfts und Werkstatt samt Einrichtung, Górna Wilda 36.

Klara Etter, geb. Stolska,
ulica Skarbowa 5. [2254

Buchdruckerei M. Krueger
Szamotuły-Samter [2251
Telephon 13 Gegr. 1849. Telephon 13.
Ausführung sämtlicher Buchdruckarbeiten für Behörden, Industrie, Handel u. Gewerbe.

Suche Jagd-

Beteiligung oder diesjährigen Abschuß von Enten, Hühnern, Fasanenhähne oder Gesamtabschuß gegen Pauschalvergütung oder prozentualer Abgabe des erlegten Wildes. Adr.: Ingenieur H. M., Büro rolniczo-techn., Poznań, ulica Mielżyńskiego (fr. Viktoriastrasse) 23 II (Bauhütte). [2213

BRESLAU

Herbstmesse 4.–8. Septbr. 1921

Webwaren • Lederwaren • Kunstgewerbe • Möbel und Wirtschaftsbedarf • Papier und Papierwaren Bürobedarf • Sport und Spiel • Nahrungs- und Genußmittel • Chemisch-technische Erzeugnisse

Einkäuferkarten und alle Auskünfte (Einreise, Paß, Wohnung) durch die

Breslauer Messe-Gesellschaft
Breslau I / Ohlauer Straße Nr. 87
Telegramm-Adresse: Messe Breslau

Dampf- und Motorpflüge
und
Reserveteile
ständig auf Lager.

CENTRALA PŁUGOW, T. z o. p.
Poznań, ulica Piotra Wawrzyniaka 28/30.
Telephon 4152. — — Telegr.: CENTROPŁUG. [1830

Landwirtschaften und Güter
werden im **An-** und **Verkauf** auf schnellstem Wege reguliert durch die [Ala 133
Deutsche Landwirtschaftsbank,
Berlin N. 24, Friedrichstraße 131 d.
Eigenes Spezialorgan „Wegweiser für Grundbesitz“. Verkaufsobjekte erb. Auskunft nur an Selbstkäufer.

Gelegenheitskauf!
Achtung Domänenpachter, Rentiere. Wassersportleute!
Entzückender Landsitz dicht bei Ueckermünde in Pommern, solid. gebaut. Landhaus, 8 Zimm., Stall, Scheune, in best. Zustande, 2 Morg. Obst- u. Gemüsegart., 170 jg. Obstbäume, 2½ Morg. Wiese, 7 Morg. Acker, Blick a. Haff, landw. Inventar sowie 1 Rudersegelboot, Kuh u. Kleinvieh vorh., höhere Schule erreichbar, sehr preiswert sofort zu verkaufen und beziehbar. Alles nähere zu erfragen in der Geschäftsst. d. Bl. u. **S. S. 2256.**

Geschäftsfreund von mir will sein gutgehendes
Konzert-Café [MB 3885
mit Wohnung verkaufen. Fachkenntnisse nicht nötig. Bei gefl. Anfragen bitte Höhe des zu investierenden Kapitals angeben zu wollen. **Weingroßagentur Richard Piorkowski, Berlin-Pankow,** Parkstr. 12d.

Landhaus

in kleiner Hafenstadt Vorpommerns, unten 6 Zimmer mit allem Zubehör, oben dieselben Räume, großer Obstgarten, evtl. mit gut bürgerlicher Möbel-Ausstattung, 9 Zimmer sofort beziehbar. Auf dem Grundstück **Eisenwarenfabrik** mit elektr. Anschluß, vollständig. Maschinen- und Werkzeug-Inventar, 15 Jahre bestehend, Kundschaft im ganzen Reich. Interessenten wenden sich an Selbstverkäufer **Hamburger, Ueckermünde in Pommern.** [2249

---

21 Zugochsen, 6 Zugbullen und 54 Stück Jungvieh
stehen zum Verkauf in [2242
Dom. Zerniki und Dom. Tulce, Kreis Schroda.

[Par 427
Prima Maschinenpreßtorf
ab eigenen Werken nur waggonweise offeriert
Górnośląskie Przedsiębiorstwo Węglowe-Poznań — Kałużny i Werner
Poznań, Wały Zygmunta Augusta Nr. 3, Tel. 1296 u. 3871. — Telegr.-Adr.: Werner Kohlenvertrieb.

---

400 m Brennholz
(Stubben oder Knüppel),
300 m Eichennutzholz
zu kaufen gesucht. [2250
Dominium Kotowiecko, powiat Pleszew.

An- u. Verkauf nur gut erhaltener Möbel. Schlaf-, Herren- u. Speisezimmer, Chaiselongues, Sofas, Büfetts, Vertikos, Spinde, Stühle, Tische, Klaviere, Teppiche, Portieren, Gardinen, Porzellane, Bronzen, Kristall. ▪ Ankauf von Nachlaßsachen zu hohen Preisen. [3786
L. Bernhardini, Poznań W 3, Aleje Marcinkowskiego 3b.

Reiche **Heirat** verm. d. Prov. kath. Gutsbesitzersöhnen mit 2-8 000 000 M. Verm., ev. nette Damen o. Einheir. (Rückp.) Off. an **Pansegrau, Radzyn.**

Wohnungen

Achtung! Rückwanderer!
Möbl. Wohnungen sowie Einzelzimmer, sofort beziehbar, weist nach **Arch. Kösewitz, Kurort Ballenstedt a. Harz**

Stellenangebote

Verh. Förster, der in Forst- und Jagdschutz, Sprengungen usw., tüchtig ist, sowie (2201
ledigen Hilfsförster
sucht per sofort oder 1. Oktober
Rittergut Wyszecino, pow. Wejherowo.

Per 15. August wird tüchtige
Putzmacherin,
bei freier Station gesucht. Zeugn. u. Bild erwünscht. **G. Kimmel, Wolsztyn, ulica 5. Stycznia 53.** (2248

Stellengesuche

Jüng. Dame a. g. H., sucht geeign. Wirkungskr. z. Gesellschaft u. tatkräft. **Unterst. d. Hausfrau** a. d. Lande. Erfahr. in Haush., Geflügelz. schriftl. Arb. vorh. Gefl. Ang. u. **R. R. 2252** a. d. Geschft.

Das **Vorlesungs-Verzeichnis** der **Universität Greifswald** für das Wintersemester 1921 ist erschienen und gegen Einsendung von 2 M. u. Porto durch d. Sekretariat erhältlich.

Zahn-Praxis
Oskar Schmidtke,
Aleje Marcinkowskiego 16, Ecke św. Marcin. [2070b

Steueranwalt Klatt
(staatl. Steuersekret. a. D.) praktiz nach wie vor in Poznań (Łazarz), ul. Niegolewskich 8. — Sprechstd. **nur** Vorm. v. 9—12½ Uhr Tel. 6415. Einz. Fachmann in Polen. 30jähr. Praxis! Beratung in allen Steuerangelegenheiten! Spezialität: Zuwachssteuererklärungen. (1698

Ia. Maschinenpreßtorf verkauft bill. fuhrenw. zur Selbstabholg. in jed. gew. Menge ab **Torfwerk Nowy Młyn b. Swarzędz.**
Górnośląskie Przedsiębiorstwo Węglowe-Poznań — Kałużny i Werner
Poznań, Wały Zygmunta Augusta 3. Tel. 1296 und 3871. — Tel.-Adr.: Werner Kohlenvertrieb

---

Tücht. Druckfachmann, technisch u. kaufmännisch gebild., erfahren in Buchdruck, Steindruck u. Buchbinderei, vertraut mit Einkauf, Kalkulation sowie Korrespondenz in polnischer u. deutscher Sprache für flottbeschäftigte Druckerei Pommerell. gesucht. In Betracht kommen nur Herren mit langjähriger Erfahrung, zuverlässigem, tadellosem Charakter. Geboten wird selbständige, angenehme, dauernde Stellung bei gut. Einkommen. Off. mit Gehaltsangaben, Zeugnisabschr., Bild u. Antrittstermin unt. **G. H. 2162** a. d. Geschst. d. Bl. erb.

Bilanzsicherer, zuverlässiger
Buchhaltungsvorsteher
für sofort gesucht. Dienstwohnung vorhanden.
Danziger Privat-Actien-Bank Graudenz. [2253

Suche sofort jüngeren fleißigen
Inspektor,
der unter meiner Leitung zu wirtschaften hat. [2240
R. Jeß, Wziąchow, Kreis Koźmin.

Deutschtumsbund
(Abtlg. Stellenvermittlung).
Wir suchen Beschäftigung für: [2257
A) **verheirat. Diener, Ziegeleiarbeiter, Maurer, verheirat. Arbeiter** (auch für Land), **Abdecker, Schiffer, Prothesenbauer und Bandagist mit kaufm. Ausbildung, Friseur, Parkettleger, Kellner** (a. Gasthofpächter evtl. m. Hinterlg. v. Kaut.).
B) **Lyzealabsolventin als Kinderpflegerin** evtl. m. Schulunterr. an jg. Kind., **eine gepr. Hortnerin.**
Anfragen zu richten:
Wały Leszczyńskiego 2, Telephon 2157.

Suche per sofort wegen Verheiratung der jetzigen eine tüchtige
Wirtin.
Gehaltsansprüche usw. bitte einzusenden an [2241
Frau Jeß,
Wziąchow,
Pogorzela, Krs. Koźmin.

Selbständ. Wirtschafterin,
erfahren in allen Zweigen für Schloßhaushalt, Federvieh, Milchwirtschaft gesucht. Meld. mit Gehaltsanspr. erbeten an **Rittergut Rogowo,** poczta Krobia, powiat Gostyńskiego. [2197

Gutsverwalter

verheiratet, mit 6jähr. Praxis und guten Zeugnissen, der polnischen und deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig, **sucht** vom 1. 10. 21 **Dauernde Stellung** auf größerem Gute. Offerten erbeten an
W 683]
Garstecki, Dom. Kaczkowo, p. Gniewkowo, pow. Inowrocław.

Kann man Gott schauen?

Zu den elementarsten Sätzen unseres Glaubens, wie jeder religiösen Vorstellung gehört der Satz von der Unsichtbarkeit Gottes; jede geistige Gottesvorstellung bekennt: „Niemand hat Gott je gesehen“ und bezeugt, daß Gott nicht gesehen werden kann. Um so heißer ist die Sehnsucht der Menschen je und je gewesen, was ihnen versagt war, dennoch zu erringen. Die Mysterien des Altertums und die Mystik des Mittelalters bis hin zu theosophischen Richtungen der Gegenwart haben das Streben gemeinsam, dem Menschen zu einem inneren Schauen der Gottheit zu verhelfen. Anspannung aller Geisteskräfte und Versenkung in die Geheimnisse Gottes, verbunden mit allerhand asketischen Übungen weist den Weg zur Gottesschau.

Auch Jesus spricht von einem „Gottschauen“. Aber sein Weg ist so ganz anders: „Selig sind, die reines Herzens sind, denn sie werden Gott schauen.“ Reine Herzen, lautere, aufrichtige Menschen, Menschen von klaren Augen, reinem Wollen, sittlich unanstößigem Wandel, Menschen, denen das Heilige heilig und das Gemeine gemein ist, sind nach seiner Meinung fähig, Gott zu schauen. Sie sehen Gott an den Spuren seiner Werke, sie ahnen ihn in allem, was schön und rein ist, sie spüren seinen Schritt in der Geschichte der Welt, sie begegnen seinem Walten auf den Wegen ihres eigenen Lebens. Solchen Menschen ist das Leben gottesvoll, wohin sie blicken. Mag man das Wort vom künftigen ewigen Gottschauen deuten, es gibt doch schon hienieden Augen, die geschärft genug sind, um Gott zu schauen. Selige Augen, die sehen, was sie sehen!

Es will uns heute schwer werden, im Welterleben Gott zu schauen. Gibt es doch Zeiten, in denen Gott sein Angesicht verbirgt vor den Menschen. Nun wohl, dann suchen wir Ihn da, wo Er zu finden ist: im Leben derer, die in Wahrheit seine Kinder sind. Auch heute noch können reine Augen im Lachen des Kindes, in der Schönheit sittlich reiner Charaktere, in dem Erweisen hingebender Liebe und Barmherzigkeit, im Frieden eines seligen Sterbens Offenbarungen Gottes erleben, Gott schauen. Seliges Schauen von dem es gilt: „Ich habe den Herrn von Angesicht gesehen, und meine Seele ist genesen.“

D. Blau-Posen.

Sejm.

Sitzung vom 29. Juli.

Warschau, 30. Juli. (PAT.)

In der gestrigen Sitzung des Sejms wurde in dritter Lesung die Novelle zum Gesetz über die vorläufige Organisation der Verwaltungsbehörden angenommen. Abg. Pfarrer Lutosławski begründet die Notwendigkeit, Art. 9 des Gesetzes über akademische Schulen in dem Sinne zu ändern, daß die polnische Sprache Amtssprache und nicht wie bisher Vortragssprache ist. Das Gesetz wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen. Dann wurde über Anträge betreffs Anwendung des Gesetzes über die Verteilung von Ländereien an Soldaten und sofortige Ansiedlung von Landarbeitern an den Grenzgebieten beraten. Abg. Anusz brachte eine Reihe von Resolutionen, die auf die Vorbereitung eines Aktionsplanes in Übereinstimmung mit den vorherigen Referaten hinzielen. Abg. Czertwertiński bemerkt, daß man in diese Angelegenheit zu schnell ohne Vorbereitung eingetreten sei. Im allgemeinen sei er für die Annahme der Mehrheitsanträge mit der Resolution der Minderheit. Kriegsminister Sosnkowski führt aus, daß die Regierung nur der Ausführer des Sejmwillens war. Er polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Czertwertyński. Nach Schluß der Aussprache wurden alle Mehrheitsbeschlüsse mit Ausnahme des zweiten Absatzes der 6. Resolution der Kommission überwiesen. Gleichfalls angenommen wurde die Resolution des Abg. Malinowski, die Beschlüsse der Minderheit wurden abgelehnt.

Dann wurden die Verhandlungen über den Voranschlag begonnen. Abg. Osiecki (Poln. Volksp.): „Von dem gegenwärtigen Budget kann man nicht befriedigt sein.“ Der Redner erklärt, daß man die Gesundung nicht in einer Zwangsanleihe suchen solle. Vor allen Dingen müsse man die Besteuerung der im Kriege erworbenen großen Vermögen vornehmen. Weiter müsse man zur Entlastung des Finanzministeriums schreiten, das bisher mit verschiedenen Leistungen für eine Anzahl Gesellschaften und für Aktiengesellschafts-Unternehmen belastet war. Ebenso dürfe die Industrie nicht unmittelbar durch Subventionen gestützt werden. Das Ein- und Ausfuhramt sollte liquidiert werden. Das Verhältnis der Regierung zur Industrie bei Regierungslieferungen sei unrechtmäßig. Im Voranschlag wurden für den Wiederaufbau 6 Milliarden bewilligt. Es müsse bemerkt werden, daß man darin keine hervorragenden Ergebnisse sieht. Was die auswärtigen Beziehungen anbetrifft, so hat nach Ansicht des Redners die oberschlesische Frage die Witos-Regierung auf reale, und zwar auf ökonomische Grundlage gestellt. Das Budget ist kein ideales, trotzdem erklären wir, daß wir für die Überweisung des Budgets an den Finanz- und Haushaltsausschuß stimmen werden.

Abg. Stanisław Grabski (Poln. Volksp.): Die Grundlagen des gegenwärtigen Budgets sind: das Operieren mit gewaltigen Summen. Das rührt jedoch von dem Sinken der Valuta her, weiter von dem übermäßigen Personal, das der Staat erhalten muß und von den zu geringen Zuflüssen aus den Finanzeinnahmen. In weiterer Ausführung entwickelt der Redner seine Ansichten und kritisiert die Ausgaben des Voranschlages. Zu den Einnahmen übergehend erklärte der Redner, daß es ideal wäre, die Einnahmen auf unmittelbare Steuern und auf Vermögenssteuern zu stützen. Damit diese Steuern aber entsprechende Ergebnisse zeitigen, muß man Zeit haben. Der Finanzminister verkündet die Beendigung der Banknotenherstellung. Während der zweiten Lesung werden wir zeigen, daß das Budget nicht angenommen werden kann. Darauf wurde die Aussprache über die Finanzangelegenheiten bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Abg. Pfarrer Lutosławski referiert im Namen des juristischen Ausschusses über die Anträge der Abgeordneten des Nationalen Volksverbandes betreffs Bekämpfung des Schleichhandels und der Nationalen Volksvereinigung über das Ausfuhrverbot für Lebensmittel. Die Kommission faßte einen Beschluß, der die Regierung auffordert, den Schleichhandel mit Lebensmitteln zu verhindern, die Rechte der Warenbeschlagnahme auszunutzen, der Bevölkerung die Belohnung für die Entdeckung von Schleichhändlern bekanntzugeben, die strengsten Strafen bekanntzugeben und in der ersten Sitzung nach den Sejmferien Bericht über diese Angelegenheit zu erstatten. Nur eine große moralische Aktion kann das Schlechte verhindern. Darum fordert die Kommission die Regierung auf, der Bevölkerung Kenntnis von dieser Angelegenheit zu geben. Der Redner bittet um Beschließung der eingebrachten Resolution, die die Kammer annahm.

Der Marschall: Es ging eine von allen Klubs unterzeichnete dringliche Anfrage in der oberschlesischen Angelegenheit ein. Der Ministerpräsident hat sich bereit erklärt, darauf zu antworten.

Ministerpräsident Witos: „Nach den amtlich bestätigten Nachrichten, die die polnische Regierung besitzt, versammelt sich der Oberste Rat am 4. August, um endgültig über Oberschlesien zu entscheiden. Der Aufstand der oberschlesischen Bevölkerung, der ein natürlicher Protest des dort seit Jahrhunderten wohnenden Volkes gegen die Entscheidung in der oberschlesischen Angelegenheit war, wurde liquidiert. Danach fällt auf Grund des bisherigen Entwaffnungsabkommens die ganze Last der Verantwortung für das Schicksal des polnischen Volkes in Oberschlesien auf die Koalitionsbehörden. Die polnische Regierung hatte und hat auch bis jetzt dort keine direkte Einwirkung. Deshalb begrüßt die polnische Regierung mit Anerkennung alle Schritte und Absichten, die interalliierten Behörden in Oberschlesien zu stärken. Es sind alle Anzeichen vorhanden, daß der bezeichnete Termin aufrecht erhalten wird. Wir haben das Recht zu glauben, daß alle Ideen einer teilweisen oder provisorischen Erledigung, die nicht dem Versailler Vertrag entspricht, abgelehnt werden. In dieser Richtung hat die Regierung alle nötigen Schritte unternommen. Wenn die Sache nicht anders wird, ist die Regierung genötigt zu erklären, daß sie die Durchführung einer solchen Entscheidung nicht übernehmen kann.“

Darauf wurde die Aussprache über den Dringlichkeitsantrag des Nationalen Volksverbandes und des Abg. Bigoński wegen der Unifikation des ehemals preußischen Teilgebietes begonnen. Abg. Marjan Seyda führt aus: Am 9. Juli hat der Ministerrat auf Antrag des Finanzministers beschlossen, vom 1. September ab die Arbeiten dieses Ministeriums des ehem. preuß. Teilgebietes dem Finanzministerium in Warschau zu überweisen. Darauf beschloß der Ministerrat eine vollständige Unifikation vom 1. September ab. Über die Notwendigkeit einer Unifikation besteht kein Streit, aber über die Art ihrer Durchführung, ob sie stufenweise oder auf einmal erfolgen soll. Im letzteren Falle würde ein Sinken des höheren Niveaus der Verwaltung des ehem. preuß. Teilgebietes auf das niedrigere Niveau anderer Teilgebiete erfolgen. (Großer Lärm und Protestrufe.) Der Ministerrat hatte die Aufhebung der Selbstverwaltung dieses Gebietes so eilig, daß er sie noch auf das diesjährige Budget brachte. Der Vorgeschmack der Folgen hat sich schon recht fühlbar gemacht. Der Beschluß des Ministerrates wurde am Vortage der schweren Wirtschaftskrise in Posen gefaßt, das schon große Opfer infolge der Unifikation zu bringen hatte; jetzt hat es die schrecklichsten Folgen der Teuerung und wilden Preise in Kongreßpolen und Galizien zu leiden. Die Einführung des freien Handels rief in Posen und Pommerellen einen völligen Umsturz der wirtschaftlichen Verhältnisse hervor. Der einfache politische Instinkt muß auf die Stärkung des Ministeriums des ehem. preuß. Teilgebietes hinweisen, um ihm den Kampf mit dem Schleichhandel zu erleichtern. Unser Antrag fordert deshalb die Regierung auf, die Ausführung des Beschlusses vom 9. Juli zurückzuhalten und besonders die Finanz- und Verwaltungsunifikation schrittweise vorzunehmen. Abg. Fiołka beruft sich auf die im vorigen Jahre vom Ministerpräsidenten Witos gemachte Zusage, daß die Unifikation nicht ohne Verständigung mit den pommerellischen Abgeordneten erfolgen wird. Der Redner bestätigt, daß sich durch die Unifikation die Verwaltung verschlechtern wird und schlechtere Verordnungen eingeführt werden. Wenn die Unifikation in ihrer Gesamtheit durchgeführt wird, so wird dieses Gebiet von Leuten aus Kleinpolen überschwemmt werden. Der Redner weist auf die Bewegung in Neustadt und anderen Städtchen hin.

Minister des ehem. preuß. Teilgebiets Trzciński: Der Beschluß des Ministerrates über die Unifikation des Finanzdepartements ändert nichts in der Amtsführung, da ja schon jetzt das Ministerium des ehem. preuß. Teilgebietes keine Ausgaben außerhalb des Budgets vornehmen kann, ohne sich vorher mit dem Finanzministerium in Verbindung zu setzen. Der Plan zur Unifikation der restierenden Departements wird in kürzester Zeit dem Ministerrat vorgelegt werden. Meiner Ansicht nach wird die Übernahme der einzelnen Departements durch die Ressortminister ähnlich erfolgen wie die des Post- und Telegraphendepartements. Die Abteilungsdirektoren werden die wichtigsten Sachen nicht mehr dem Minister des ehem. preuß. Teilgebietes, sondern den Ressortministern zur Unterschrift vorzulegen haben. Das Innendepartement kann erst vom Innenministerium übernommen werden, wenn die Selbstverwaltung unseres Teilgebietes gänzlich organisiert ist. In dieser Hinsicht blieb unser Teilgebiet hinter Kongreßpolen zurück. So werde ich auch in kürzester Zeit die großpolnischen und pommerellischen Abgeordneten benachrichtigen über ein Dekret, welches auf dem Wahlwege Kreislandtage und Wojewodschaftsräte einberufen wird. Die Schwierigkeit der Durchführung liegt darin, daß in letzter Zeit die Beamten unseres Ministeriums in Menge weggehen. Da muß unser Volk danach streben, nicht bloß diese oder jene Form der Absonderung aufrecht zu erhalten, sondern Personen in großer Zahl zu stellen, die im Interesse Polens und Pommerellens arbeiten wollen. Der Sejm beschloß im April v. J. einstimmig die Liquidierung des Ministeriums des ehem. preuß. Teilgebietes. Wenn unser Staat stark und einheitlich sein soll, so kann er sich nicht aus abgesonderten Einrichtungen zusammensetzen, die sich gegenseitig ausschließen. Der einheitliche polnische Staat muß sich auf Selbstverwaltungen stützen, die wir bei uns einführen. Was die Gesetzgebung betrifft, so muß ein Körper zur Meinungsäußerung geschaffen werden, der vor Beschluß aller Gesetze die Aufmerksamkeit auf die Rechtsverhältnisse unseres Teilgebietes lenkt. Ich bin gegen beide Anträge.

Abg. Brejski greift das Ministerium des ehem. preuß. Teilgebietes an, das durch sein Vorgehen die Unifikation erschwere und erklärte sich gegen die Dringlichkeit der Anträge. Abg. Krajna erinnert, daß der Sejmbeschluß vom April v. Js. über die Unifikation einstimmig gefällt wurde. Er erklärt sich gegen die Dringlichkeit der Anträge und für die Prüfung der Frage im Verwaltungsausschuß. Die Dringlichkeit der Anträge wurde abgelehnt und die Anträge dem Verwaltungsausschuß überwiesen. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr vormittags. Auf der Tagesordnung steht u. a. die erste Lesung des Gesetzes über die Wahlordination.

Aus der polnischen Presse.

Der „Dziennik Poznański“ bringt in Nr. 152 folgenden, sehr interessanten Aufsatz:

„Wiederwachsende Zähne“.

Was Polen vorausgesehen hat, ist schneller eingetroffen als man dachte. Noch vor der endgültigen Durchführung des Versailler Vertrages wird die deutsche Gefahr zu einem Problem nicht der weiteren oder näheren Zukunft, sondern für die Gegenwart. In Wirklichkeit hat diese Gefahr niemals aufgehört zu bestehen, und wenn sie gestern einen Augenblick nicht zutage getreten ist, so erhebt sie heute ihr Haupt und droht.

Die Kampflosung trat mit dem letzten Schutz in das Stadium der Beruhigung. Für die heißesten Kämpfer dieser Losung ist es heute vollkommen klar, daß die Niederlage des Krieges gegenwärtig den materiellen Reichtum des preußischen Militarismus vernichtete, aber nicht jene Werte und die eigentlichen Kräfte der Deutschen, die in ihrem Blute liegen und die durch Jahrhunderte hindurch destilliert sind. Dieses hätte der Ausgangspunkt für die Friedensdebatten und die Hauptsorge bei dem Erlaß von Dekreten sein

Hundstags-Betrachtung.

Für den 23. Juli kündet der Kalender den Beginn der Hundstage an. Wir sind es gewöhnt, unter Hundstagen die diesem Datum folgenden Wochen zu verstehen. Sie tragen ihren Namen nach dem Hundsstern, dem Sirius, dem strahlendsten aller Fixsterne. Die Astronomen des alten Rom nannten ihn Canis (Hund), die Griechen Kyon, gleich Hund, meist jedoch aber Seirios, ein Name, der aus dem Arabischen entnommen zu sein scheint. Seine Hauptrolle aber spielte der Stern bei den Ägyptern, wo er Sopdet hieß.

Wenn Sirius, schreibt Arthur Stenzel in seiner „Astronomischen Zeitschrift“, zuerst des Morgens vor der Sonne aufging, dann begann im Lande Kemi, das die heutige Welt nur unter dem Namen Ägypten kennt, das Steigen des Nils, der Lebensader des langen, fruchtbaren Tales. So war es denn begreiflich, daß die den Geheimnissen der Natur nachspürenden ägyptischen Tempelpriester schon früh erforschten, wann der jeliakische Aufgang des bedeutsamen Gestirns stattfand. Sie hatten den Sopdet der großen Göttin Isis geweiht und geradezu mit ihr personifiziert. Isis-Sopdet war bei ihnen ein Begriff. Die vielhundertjährigen Bemühungen, den Frühaufgang des Sopdet so genau wie möglich festzustellen, hatten schließlich auch Einfluß auf das Kalenderwesen der Ägypter. Während nämlich das Volk allgemein nach 360 + 5 = 365 täglichen Wandeljahren rechnete und die Feste bald in dieser, bald in jener Jahreszeit feierte, weil durch den fehlenden Vierteltag alle vier Jahre ein Tag ausfiel, kannten die sternkundigen Priester sehr wohl das wahre, feste Sonnenjahr von 365,24 Tagen Länge. Aller Wahrscheinlichkeit nach haben die Priester auch schon in alter Zeit Versuche unternommen, das Wandeljahr durch das feste Jahr zu ersetzen; das Volk hielt jedoch mit großer Zähigkeit am Hergebrachten, was nicht verwunderlich erscheinen kann, wenn man erwägt, daß sich in Ägypten Sommer und Winter nur sehr wenig von einander unterscheiden, daß es also nicht viel ausmachte, ob die Feste in die Zeit unseres Januar oder unseres Juli fielen.

Von besonderem Interesse und hohem wissenschaftlichen Wert ist ein nach dieser Richtung hin von Ptolemäus III. (247—222 v. Chr.) ergangener Erlaß, der uns in einer 1866 von Lepsius, Reinisch und Rösler in den Tempelruinen von San, dem alten Tanis am tanitischen Nilarm (Nildelta) aufgefundenen Inschrift erhalten geblieben ist. Die in hieroglyphischer, demotischer und griechischer Sprache abgefaßte Inschrift gehörte dem „Tempel der Götter Euergeten zu Kanopus“ an, der von den Euergeten (Ptolemäerzeit) erbaut und dem Osiris geweiht war. Dieses „Dekret von Kanopus“ ordnete an, daß alle vier Jahre ein Tag eingeschaltet und als Festtag gefeiert werde. Leider hatte aber dieser Erlaß nicht den erhofften Erfolg der allgemeinen Einführung eines festen, mit dem Sonnenumlauf und dementsprechend mit den Jahreszeiten übereinstimmenden Jahres. Schon der Nachfolger Ptolemäus III. hob dieses feste „Tanitische Jahr“ wieder auf. Erst durch die Einführung des „Alexandrinischen Jahres“ unter Octavianus Augustus wurde das Wandeljahr allmählich beseitigt.

Als Datum des Dekrets von Kanopus fand Ginzel den 7. März 238 v. Chr. Für das viel wichtigere Datum des heliakischen Siriusaufgangs ermittelte er den 19. Juli 138 v. Chr. Das war also der Tag, an dem der Stern der Lais aufging und ein Fest gefeiert wurde. Da nun der Frühaufgang des Sirius erst nach Ablauf von 1460 Jahren wieder auf denselben Kalendertag fiel, entstand das sogenannte Siriusjahr, die Sothisperiode, deren Anfänge nach E. Meyer auf den 19. Juli der Jahre 2781 und 1321 v. Chr. und 140 n. Chr. fielen.

Von der Bedeutung des Ereignisses des Siriusfrühaufgangs für Ägypten zeugen viele Inschriften auf den Denkmälern, wo Sirius „die große Göttin“ Sothis, die Regentin des Jahresanfangs, „die steigen macht den Nil zu seiner Zeit“, genannt wird, oder wo es heißt: „Er (Gott Horus) hat den Sothisstern eingesetzt am Himmel, der die Fülle des Wassers herbeiführt, um das Land zu überschwemmen.“ In anderen Ländern konnte der Hundsstern naturgemäß eine solche Rolle nicht spielen.

Friederikens Erholungsreise.

Ach — wie is det Reisen scheen!
Vieles kriegt man da zu sehn —
Berje, Wälder, Küh' und Säue,
Janzen Himmel voller Bläue,
Janze Wiesen voller Klee,
Lämmkens druff, so weiß wie Schnee.

Und denn, wat die Bauern sind —
Lieb und herzig wie en Kind.
Stets jefällig, jern bereit,
Zu verkoofen jederzeit
Butter, zweiunddreißig Mark,
Vier Mark fuffzig det Pfund Quark.

Fährste mit de Eisenbahn,
Stehste dir de Füße lahm.
Weilste keenen Platz kannst finden,
Mußte dir die Knochen schinden.
Aber vorn is ein Kupee
Für 'nen Herrn der S. P. D.

Denn, det laß dir man beweisen,
Wer die Macht hat, der tut reisen,
Reisen tut er — bis er fliegt,
Wat wohl an die Spesen liegt.
Denn die Summen, die sind rund,
Mancher macht sich dran jesund!

Kommste nu ins Jasthaus rin
Ahnungslos mit frohem Sinn,
Steht der Wirt schon in de Diehre,
Damit er den Jast tariere,
Jrüßt und denkt: „Tritt ein, mein Sohn,
Neppen werden wir dich schon.“

Kaffee schlecht und Butter ranzig,
Kostenpreis macht zwölf Mark zwanzig.
„Portion Schinken? Bittesehr —
Zwanzig Mark, so wie bisher.“
„Einmal nach dem Wetter sehn?
Bittesehr, macht zwei Mark zehn.“

Und denn biste wieder heeme,
Wie jesagt, et war sehr scheene,
Berje, Täler, Kühe, Ziejen,
Speck mit Maden, Bier mit Fliejen,
Schubsen, Schimpfen, Schieberpreise —
Überschrift: „Erholungsreise“.

M. Sch.

Kunst und Wissenschaft.

— **Spanische Mediziner in Berlin.** In den Räumen des amerikanischen Zentralverbandes fand unter der Leitung des Freiherrn von dem Bussche ein festlicher Empfang zu Ehren der hier weilenden spanischen Professoren der Medizin statt. Die erschienenen spanischen Gäste, die Professoren Alcina aus Cadiz, Sanchez del Real sowie Pedro Cifuentes aus Madrid, wurden durch den Präsidenten der genannten Vereinigung sowie durch den Dekan der medizinischen Fakultät, Professor Rubner und Herrn Dr. Stutzin, in Ansprachen begrüßt, auf die Professor Alcina in glänzender Beredtsamkeit antwortete. Von medizinischer Seite waren u. a. Professor Dr. Franz und Hildebrand von der Charité sowie der Ophthalmologe Professor Dr. Adam, sowie Geheimrat Fedor Krause nebst Vertretern des Auswärtigen Amtes und der an Spanien interessierten Kreise anwesend.

müssen, die die Koalition dem Besiegten aufzulegen die Möglichkeit hatte. Es ist anders gekommen. Nur Frankreich hat diesen Grundsatz gefühlt, nur Polen hat ihn genügend verstanden. Es überwog der Doktrinismus und solch ein Gewirr von Einflüssen mit dem grundsätzlichen Ziel, die Uneinigen zu überwinden, die bewußt oder unbewußt dem deutschen „Wiederaufbau" tatsächlich vorgriffen.

Wir wollen diese Frage durch ungeschickte Berührung nicht noch mehr verwirren. Wir haben nicht die Absicht, die Versailler Geheimnisse als Quellen der heutigen Verwirrungen in Mittel- und Osteuropa zu untersuchen. Wir werden dagegen auf die Resultate blicken. Blicken wir auf die reellen Tatsachen, die die heutige Wirklichkeit schaffen und die genetisch mit den Versailler Bestimmungen zusammenhängen.

Ist die Arbeit Bismarcks tatsächlich in den Staub gesunken? In Versailles entstand damals das deutsche Kaisertum, ein unfertiges Gebilde. Der heutige Versailler Vertrag hat ein neues, innerlich gefestigtes Deutschland geschaffen, das viel stärker zentralisirt und genügend mächtig ist, um die provinziellen Teilungsbestrebungen und den Stammseparatismus zu beherrschen. Das Pogrom des deutschen Militarismus, das die Novemberrevolution hervorrief, hat zwar alle Throne gestürzt, aber gleichzeitig die ganze Energie und alle deutsche Gedanken dazu gedrängt, Wege zu suchen, die aus der Schwachheit führen und die eine Kraft finden könnten, die alle materiellen und seelischen Faktoren des Volkes zusammenfaßten zur Wiedergewinnung des früheren Wohlstandes und der alten Kraft. Die Kreise dieser staatlichen wirtschaftlichen Organisationen sind schon in vollem Gange, und die sprichwörtliche Eigenheit des deutschen Charakters, der sich nur vor der physischen Kraft beugt, bewirken, daß wir Zeugen fast offener Kräfteanstrengungen sind, die militärische Macht sofort wieder aufzurichten und auf geheimen diplomatischen Schleichwegen die alten Einflüsse auf allen Gebieten der Welt geltend zu machen.

Anläßlich des Erfolges der Armee Hoefer (?) in Schlesien schreibt Oberst Reboul im „Temps", daß in Oberschlesien sich das baltische Abenteuer wiederholt. Es sind dies dieselben Leute, die im Jahre 1919 in Lettland und Litauen vertreten waren. In dem von uns zitierten Artikel aus dem „Berl. Tagebl." ist deutlich zu lesen, daß die tätige deutsche Politik danach streben muß, Westpreußen und Posen dem Reiche wieder erneut zuzuführen. Dazu dienen auch die deutschen Bestrebungen in London, welche eine englisch-schwäbische (!) Kooperation in Rußland schaffen wollen und, wie der „Tag" in demselben Artikel sagt, ein zielsicheres Streben nach einer Verständigung mit dem wiedererwachenden Rußland. Und hier liegt für uns der gefährlichste Punkt der Wirth- und Hoeferaffaire.

Wir dürfen nicht einen Augenblick vergessen, daß die deutschen Anstrengungen gleich seit dem ersten Tage der Katastrophe an der Front in dieser Richtung sich bewegten. Die Deutschen waren im Gefolge Koltschaks, Denikins und Wrangels. Sie waren und sind in Petersburg und im Moskauer Kreml, in der Begleitung Lenins und Trotzkis, in allen Gruppen der russischen Emigration, hauptsächlich in jener, die in Berlin residiert, und auch im jüdischen Staat des Kiewer Diktators Rakowski. In Lettland und Litauen waren seinerzeit die Anführer von Liewen und von der Goltz. Kiew griff von Bredow an. An der Spitze der Ukrainer standen Krauß, Wolff und Hunderte von deutschen Offizieren. Heute nehmen die deutsch-russischen Vorkehrungen immer deutlichere Gestalt an. Man bereitet die Ausbeutung Rußlands unter Teilnahme Englands vor und sogar Herr Rathenau versucht, wie man hört, französisches Kapital in diese Kombinationen hereinzuziehen, indem er einerseits Paris auf die englische Konkurrenz aufmerksam macht und andererseits die Hoffnung weckt, die Summen zurückzuerhalten, die seinerzeit dem zaristischen Koloß geborgt worden waren. Diese Beziehungen mit Berücksichtigung der gegenwärtigen bolschewistischen Sachlage anknüpfend, vergißt Berlin nicht die reaktionäre russische Emigration, in der die deutsche Orientierung, gestützt auf frühere Verbindungen, sich immer mehr grundiert. Es ist genug, an die Resolutionen der russischen Monarchistentagung in Reichenhall zu erinnern und die Namen jener Russen anzuführen, die dort teilnahmen. Hier eine Liste seiner Teilnehmer, die ohne Kommentar lesbar ist: Graf Adlerberg, Graf Grabbe, Baron Kennen, Baron Brüdner, Fürst Liewen, Graf Pahlen, Graf Rebinder, Baron Rausch von Traubenberg, Baron Taube, Baron Steingeld, Baron Stackelberg und General Glasenapp. Diese Tatsachen bilden ein Ganzes, das für uns bei den inneren Schwierigkeiten beinahe tragisch zu nennen ist, das uns fast vollkommen absorbiert bei der außerordentlich schwachen Aktion unserer Diplomatie. Es ist höchste Zeit, diese Vorurteile, die durch die historische Stimmung des „gebrochenen" Sieges bedingt sind, zu den Akten zu legen.

Es ist unmöglich, sich weiter darüber zu täuschen, damit 70 Millionen traditioneller Dickbäuche sich mit Nestles Kindermehl ernähren können, und wenn man diese Faktoren berücksichtigt, die immer die deutsche Kraft aufbauten, müssen wir entgegen der selbstbetrügerischen Politik uns darüber klar werden, daß unser westlicher Nachbar schon wächst und zu immer größerer Gefahr wachsen wird. Dies ist ein Faktor, der wichtige Hinweise für unsere Politik enthält, hauptsächlich der östlichen, die nicht weiter im gegenwärtigen Stadium der Gehaltlosigkeit bleiben darf.

Es ist doch unendlich traurig, daß sich ein polnisches Blatt dazu entschließen kann, ein solches Elaborat hysterischer Angst an leitender Stelle abzudrucken. Der Verfasser führt einen Kampf mit Windmühlenflügeln, wie weiland Don Quichotte. Nein, Herr Ed. P. übertrifft noch den edlen Ritter auf der Rosinante, denn die Biester von Windmühlenflügeln, gegen die er kämpfte, waren doch noch Realitäten, der Herr Ed. P. reitet aber auf seinem Federhalter gegen Dinge an, die nur in seiner Phantasie existieren, gegen Hirngespinste an sich. Aus diesem Grunde erübrigt sich jede Erwiderung auf diese Halluzinationen unbegrenzter Deutschenfurcht. Bei einem griechischen Dichterphilosophen steht geschrieben: Xenophobie (Fremdenfurcht) ist stets der Anteil kleiner Geister gewesen.

„Deutschenhilfe".

Der „Kurjer Poznański" hat eine neue Entdeckung gemacht, selbstverständlich wieder auf dem Gebiet der Deutschenhetze. Er bringt in seiner Sonntagsnummer (167 vom 24. Juli) die sensationelle Meldung, daß in Deutschland eine Aktion zur Förderung des Deutschtums in Polen, genannt „Deutschenhilfe", im Gange sei und daß bereits viele Millionen zur Erhaltung des Deutschtums in Polen aufgebracht worden wären. Das Blatt schöpft diese Nachricht aus einem angeblich in seinen Besitz gelangten Rundschreiben des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands E. V.

Gegen diese angebliche „Deutschenhilfe" empfiehlt der „Kurjer Poznański" am Schluß, das vielleicht das nationale Verteidigungskomtee, das während des Kampfes mit den Bolschewisten gebildet wurde, die Initiative zu einer Abwehrtätigkeit geben könnte.

Die polnischen Blätter vom Schlage des „Kurjer Poznański" haben schon öfter einmal die Entdeckung gemacht, daß für die deutsche Minderheit in Polen von den deutschen Volksgenossen im Reich Spenden gesammelt werden. Die diesmalige Entdeckung des „Kurjer Poznański" übertrifft alle andern bisherigen, da angeblich weite industrielle Kreise ihre milde Hand für die Deutschen in Polen auftun wollen. Das Deutschtum in Polen kann sich gewiß nicht ärgern, wenn der „Kurjer Poznański" mit seiner Entdeckung recht haben sollte. Es ist nur schade, daß das hiesige Deutschtum davon bis dato nichts weiß, und der „Kurjer Poznański" erwirbt sich immerhin ein gewisses Verdienst mit seiner Nachrichtenvermittlung.

Polens Handel mit dem besetzten Rheingebiet unter Uebergehung Deutschlands.

Die „Prawda" bringt in der Nr. 152 folgenden Bericht, der einen neuen Beweis für Frankreichs eigenmächtiges Vorgehen darstellt:

„Infolge der Einführung einer Zollgrenze im besetzten Rheinland übernahm die Hohe interalliierte Rheinlandkommission die Regelung der Aus- und Einfuhr im besetzten Gebiet. Diese Tatsachen bringen die Möglichkeit in den Vordergrund, rheinische Waren nach Polen auszuführen. Dies wurde auch durch die vom polnischen Konsulat in Köln unternommenen Schritte verwirklicht, und der Vertreter der Hohen interalliierten Rheinlandkommission in Ems erklärte sich damit einverstanden, die Erlaubnis zur Ausfuhr von Waren zu gewähren, die nach der Ansicht des Konsulats für Polen notwendig sind. Auf diese Weise wird Polen notwendige Waren aus dem besetzten Gebiet mit Übergehung der deutschen Behörden erhalten können. Offenbar wird das Konsulat die Ausfuhr von wirklich für Polen notwendigen Waren unterstützen und auch für Waren, die in Polen nicht hergestellt werden oder deren Produktion nicht den Bedarf deckt. Landesfirmen, die sich für den Import aus dem Rheinland bzw. dem Export nach dem Rheinland interessieren, wollen eingehende Informationen im hiesigen Konsulat unter der Adresse „Consulat de la République Polonaise, Cologne s. R., Lindenthal, Dürener Straße 24" einholen. Das Konsulat wird imstande sein, Adressen hiesiger Firmen, die mit Polen in Handelsbeziehungen treten wollen, zu vermitteln und, falls eine Handelsverbindung erfolgt und die Waren den geforderten Ansprüchen genügen, wird das Konsulat Aufträge an die Hohe interalliierte Rheinlandkommission in Ems zwecks Genehmigung der Ausfuhr überweisen. Gleichfalls können polnische Firmen, die nach dem Rheinland Waren ausführen wollen, im Konsulat die Adressen der Abnehmer erhalten. Den hiesigen Exportfirmen wird das Konsulat die Adressen von Handels- und Industriefirmen im Lande vermitteln, um ihnen die Fühlungnahme mit polnischen Firmen zu erleichtern.

Als Ausfuhrartikel vom Rheinland nach Polen kommen hauptsächlich in Betracht: landwirtschaftliche Maschinen, Werkzeuge, chemische Erzeugnisse, Farben, Stahl- und Eisenwaren. Aus Polen können ausgeführt werden: Eier, Zucker, Holz und Petroleum. Da die Waren nicht durch unbesetztes deutsches Gebiet gehen können, müssen sie auf dem Wasserwege Köln—Rotterdam—Danzig transportiert werden."

Man sieht ordentlich, wie sich die „Prawda" vor Vergnügen die Hände reibt, daß dadurch dem vermaledeiten Deutschland, „das gegen Polen den Wirtschaftskrieg führt, indem es die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen und sonstigen Industrieprodukten sperrt", ein Schnippchen geschlagen wird. Ob eine solche Handlungsweise, ob das Gebahren der Herren Franzosen im besetzten Gebiet gerecht ist, daß es im Gegenteil jedem Rechtsempfinden ins Gesicht schlägt, das kümmert die „Prawda" nicht. Solche unrechtmäßige Praktiken werden dem Staate nie zum Segen gereichen.

Wichtig für Abwanderer.

Die Darlehnskasse für ostmärkische Flüchtlinge hat durchaus keine Möglichkeit, Werte, die deutsche Flüchtlinge in Polen zurücklassen, zu beleihen. Die Darlehnskasse weist immer wieder darauf hin, daß zurzeit aus Polen abwandernde Deutsche durch Aufgabe ihrer hiesigen Existenz schwerste Verluste haben müssen; denn einmal wird ihnen ein größerer Teil ihres Vermögens bekanntlich bei der Abwanderung einbehalten, andererseits steht das polnische Geld so niedrig, daß eine entsprechende Bezahlung nicht erwartet werden kann, wenn man einen auch noch so hohen Betrag in polnischer Mark erreicht und ihn zu deutscher Mark ins Verhältnis setzt. Solange das Deutsche Reich die Valutaschäden an die ostmärkischen Flüchtlinge nicht bezahlt, können diese ohne ganz erhebliche wirtschaftliche Schädigung, die manche sogar zu armen Leuten macht, jetzt ihren Wohnsitz nicht wechseln. Das Deutsche Reich verhält sich deshalb ablehnend gegen eine Entschädigungsleistung aus Valutaschäden, weil es das ominöse polnische Gesetz vom 20. November 1919, welches die polnische Mark der deutschen im Nominalbetrage gleich setzt, nicht anerkennt, da es vor Abschluß des Friedensvertrages ergangen ist.

Die Darlehnskasse für ostmärkische Flüchtlinge darf größere Darlehen zur Gründung von neuen Existenzen nur dann geben, wenn wirklich größere Verdrängungsschäden, deren Erstattung als sicher angesehen werden kann, nachgewiesen werden.

Es ist deshalb wie schon so oft auf das eindringlichste vor einem Verkauf, wie überhaupt vor der Absicht nach Deutschland abzuwandern, zu warnen; es findet sich für jeden Deutschen und für jede Not eine Hilfe, die ihm das Hierbleiben ermöglicht. Man muß nur wissen, wohin man sich deshalb zu wenden hat. Diese Stelle sind die Deutschtumsbünde zur Wahrung der Minderheitsrechte nebst ihren Kreis- und Ortsgeschäftsstellen.

Getreidepreise.

Unter dieser Spitzmarke schreibt man uns:

In den beteiligten Kreisen herrscht immer noch Unsicherheit darüber, ob der Handel in Getreide nun frei ist. Der dahingehende Beschluß des Sejm müßte als Gesetz in dem amtlichen Gesetzblatt veröffentlicht werden. Das scheint bisher noch nicht geschehen zu sein; wenigstens ist bisher eine bestimmte Auskunft nicht zu erreichen gewesen. Landwirte und Händler sind deshalb noch zweifelhaft, ob Getreide usw. im freien Handel verkauft und gekauft werden darf. Abgesehen von dieser Unstimmigkeit, die gewiß in einigen Tagen behoben werden wird, drängt sich nun die nicht minder wichtige Frage der Preisbildung hervor. In früheren Zeiten wußte der Handel Rat: Fehlten in einem Lande Waren, so wurden sie aus einem anderen bezogen, wo sie im Überfluß waren. Ein solcher Ausgleich stößt heut auf die fast unüberwindlichen Valutaschwierigkeiten. Für die ehem. preußischen Gebietsteile kommt ein Bezug von ausländischem Brotgetreide nun nicht mehr in Frage. Die in vollem Gange befindliche Ernte in Roggen und Weizen fällt in Menge und Güte völlig befriedigend aus. Der heimische Bedarf ist reichlich gedeckt; es bleibt noch ein erheblicher Überschuß zur Versorgung anderer, minder fruchtbarer Gebiete übrig.

Welche Faktoren bestimmen nun den Preis für das neue, schon zum Markt gebrachte Getreide? Der Landwirt weiß nicht, wie viel er verlangen soll, der Händler nicht, was er zahlen kann. Eine Notiz an einem inländischen zentralen Börsenplatz gibt es noch nicht. Man steht vor ganz neuen Verhältnissen. Bisher kostete ein Zentner Weizen (50 Kg.) 300 M., Roggen 275 M. Bei diesen Preisen kann der Landwirt mit Rücksicht auf die ungeheuer gesteigerten Selbstkosten nicht bestehen, obgleich ja offenbar ist, daß auch bei diesen Preisen die Landwirtschaft nicht untergegangen ist. Erheblich mehr wird bezahlt werden müssen. Aber wie viel? Dreimal, vier-, fünf- oder sechsmal so viel? Nirgends gibt es einen einigermaßen sicheren Anhalt. Berechnen läßt sich der Preis nicht. Er ist zunächst reine Gefühlssache. Es ist zwar nicht recht beliebt, den westlichen Nachbar zu Vergleichen heranzuziehen; aber vielleicht dient es doch zur Aufklärung. In Deutschland, dessen Währung auch recht tief gesunken ist, hat die Regierung für das sogenannte Umlagegetreide folgende Preise festgesetzt: für Weizen 115 M., für Roggen 105 M., für Gerste 100 M., für Hafer 90 M. den Zentner. Das Brot aus dem zu 80 v. H. ausgemahlenen Umlageroggen wird auf 7 M. für 1900 Gr. berechnet, dieselbe Brotmenge aus freiem Roggen aber auf etwa 12 M., gleich 6,30 M. für ein Kg. Brot, oder gegenüber dem Umlageroggen ein Mehr von rund 70 v. H. Im allgemeinen ist beobachtet worden, daß die Preise der hauptsächlichsten Lebensmittel, wie Brot, Butter, Eier, Fleisch usw. in Polen etwa das Fünf- oder Sechsfache betragen haben als in Deutschland. Ebenso war es mit den Löhnen. Eine Arbeitsstunde wurde in Deutschland bisher mit 5 bis 6 M., in Polen bisher mit 25 bis 36 M. bezahlt. Erst in allerletzter Zeit ist darin eine bedenkliche Verschiebung eingetreten, die hoffentlich keine Fortsetzung finden wird. Welcher Preis wäre nun für den hiesigen Roggen ein angemessener und gerechter?

Der deutsche Umlageroggen kostet der Zentner 105 M., der freie Roggen zurzeit + 70 v. H., also 175 M. Nimmt man hiervon nicht das Fünf- bis Sechsfache, sondern das Sechs- bis Siebenfache, so ergibt sich ein Preis von 1050 M. bis 1225 M. für den Zentner hier am Orte, an der Grenze, wo bei dem Verbot der Ausfuhr die Preise etwas niedriger sein müßten als im Innern des Landes.

Leider schwirren aber ganz andere Preise durch die Luft. In Erinnerung sind noch die Preise, die von Kongreßpolen und Galiziern für auf legalem oder illegalem Wege erworbene Lebensmittel (Kartoffeln 900 bis 1200 M. der Zentner!) gezahlt worden sind, und die Erwartung geht wohl dahin, daß diese mit Koffern voll Papiergeld auftretenden Käufer nun sofort hier wieder auftreten und überhaupt jeden geforderten Preis bewilligen werden. Hierbei wird übersehen, daß in jenen Gebieten jetzt auch reichlich geerntet wird und somit kein dringender Bedarf mehr vorhanden ist. Bleibt dieser große Käufer aber aus, dann ist zu erwarten, daß sich die Preise für Brotgetreide und Kartoffeln für die nicht landwirtschaftliche Bevölkerung auf einer erschwinglichen Höhe halten werden.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 30. Juli.

Wieder ein Großfeuer!

Gestern abend kurz nach 9 Uhr kündeten tiefschwarze, nach Westen ziehende Rauchschwaden und der in Purpurglut getauchte Oberschlesische Turm den Ausbruch eines Großfeuers, von denen unsere Stadt in jüngster Zeit auffällig oft heimgesucht wird. Mächtige gen Himmel lodernde Flammen züngelten auf dem Güterbahnhofsgelände östlich des Hauptbahnhofs empor, das dritte Großfeuer innerhalb weniger Tage auf dem Bahngelände kündend. Tausende von Menschen strömten aus allen Himmelsrichtungen der Brandstätte zu und fanden für ihre Neugierde volle Befriedigung. Die Feuerwehr erschien sofort mit allen Spritzen und Fahrzeugen, sowie sämtlichen Mannschaften auf der Brandstätte, die sich innerhalb weniger Minuten über eine Länge von rd. 250 Metern und etwa 30 Meter breit bis zum Lagerschuppen der Rolnikzentrale ausdehnte. Sämtliche Schuppen und Lagerplätze, die infolge der andauernden Dürre vollständig ausgetrocknet waren und somit geeignete Brandobjekte bildeten, namentlich aber auch große Holzstapelplätze standen in kurzer Zeit über und über in Flammen. Von diesen wurden auch daneben stehende beladene Güterwagen, u. a. solche mit dem Umzugsgut von deutschen Abwanderern, mit Benzin gefüllte Tankwagen ergriffen und vernichtet. Dem Vernehmen nach sollen 12 Güterwagen ein Raub der Flammen geworden sein. Die von der Feuersglut ausgehende Hitze im Verein mit der noch am Abend andauernden, durch den kurzen Gewittersprühregen des Abends keineswegs herabgeminderten tropischen Temperatur des gestrigen Tages erschwerte die Tätigkeit der Feuerwehr ganz ungewöhnlich und gestaltete ihre Lage keineswegs beneidenswert. Im allgemeinen war sie dem entfesselten Element gegenüber nahezu machtlos; sie mußte sich im wesentlichen darauf beschränken, von dem eigentlichen Feuerherde entfernter liegende Gebäude, Schuppen usw. vor dem Übergreifen des Flammenmeeres zu schützen. Noch gegen Mitternacht zeigte der in Purpurglut getauchte Horizont das Fortwüten des Großfeuers, dessen Macht erst in den heutigen frühen Morgenstunden gebrochen war. Heut früh zeigten noch dicke schwarze Rauchwolken die Stätte, auf der in den letzten 10 Stunden ungemessene Werte vernichtet worden sind. Ungeheure Werte sind auch durch diesen Brand vernichtet worden, sie ziffernmäßig auch nur annähernd festzusetzen, dürfte kein gewöhnlicher Sterblicher heut schon in der Lage sein; sie beziffern sich auf viele Millionen Mark und dürften mit 50 Millionen eher zu niedrig als zu hoch bemessen sein. Jedenfalls handelt es sich bei dem gestrigen Großfeuer um den größten seit Menschengedenken in Posen, er übertrifft noch den auf dem ehemals Cegielskischen Fabrikgrundstück in der ul. Strzelecka (früher Schützenstraße) heut vor acht Tagen an Umfang und Schaden. hb.

Endlich Regen!

Nachdem gestern abend vorüberziehende Gewitterwolken etwa eine Viertelstunde lang einen unbedeutenden Sprühregen gebracht hatten, ging heut nacht gegen 3 Uhr ein langsamer Regen etwa eine Stunde lang hernieder, wie wir ihn nach der andauernden Trockenheit etwa drei Tage und drei Nächte haben müßten, wenn er der lechzenden Natur wirklich Labung und Erquickung gewähren sollte. Gleichzeitig brachte uns der Regen eine kleine wohltuende Abkühlung, mit deren andauernder Nachwirkung jedoch nicht zu rechnen ist, da heut früh schon wieder der Himmel völlig wolkenlos ist.

Gegen den Wucher mit Getreide und Lebensmitteln.

Der Starost des Kreises Inowrocław, der nach den von uns veröffentlichten Verordnungen im Interesse der Allgemeinheit in geradezu vorbildlicher Weise den Krebsschäden der Lebensmittelknappheit und -verteuerung auf den Leib rückt, hat jetzt noch folgende dankenswerte Verordnung gegen den Wucher mit Getreide und Lebensmitteln erlassen:

„Trotz Einführung des freien Handels verlieren die Bestimmungen gegen den Wucher vom 23. Juli 1915 und 8. Mai 1918 nicht ihre Rechtskraft. Die Feststellung und Bestrafung des Wuchers ist Sache der Ämter für den Kampf gegen Wucher und Spekulation, die, nach gerichtlicher Art organisiert, verkürzte Verfahren anwenden. Diese Ämter besitzen bestimmte Organe, die verpflichtet sind, Warenlager und Magazine zu kontrollieren. Da sie jedoch nicht selbst imstande sind, alles zu durchsuchen, sind alle Einwohner verpflichtet, am Kampf gegen Wucher und Spekulation teilzunehmen, und zwar in der Weise, daß Personen, die sich beim Einkauf oder auf eine andere Weise davon überzeugen, daß jemand zu hohe Gewinne erzielt oder daß jemand zu Spekulationszwecken große Warenvorräte einkauft oder Waren zwecks Ausfuhr ins Ausland aufkauft, dies ohne falsche Scham dem nächsten Amt für den Kampf mit Wucher und Spekulation meldet. Ein solches Amt befindet sich in Inowrocław im Gebäude des Kreisamtes, Kołaczekstraße, Part., Zimmer 12. Dieses Amt ist unabhängig vom Starosten und untersteht der Expositur für den Kampf gegen Wucher und Spekulation in Bromberg, an deren Spitze ein Richter steht.

Zur Verteuerung der Lebensmittel trägt im großen Maße der unberechtigte Schleichhandel bei, der von gewissenlosen Personen ohne Anmeldung betrieben wird. Das Publikum müßte unabhängig von den berufenen Organen für die Beseitigung des Schleichhandels sorgen, indem es derartige Fälle der Polizeibehörde anzeigt.

Für die Stadt Inowrocław ist eine besondere ständige Marktkommission berufen, die jede zweite Woche die Marktpreise für Lebensmittel bestimmen wird. Diese Preise setze ich für den ganzen Kreis als maßgebend fest. Indem ich obige Verordnung und Weisung zur allgemeinen Kenntnis bringe, warne ich hiermit vor eigenmächtigen und durch nichts gerechtfertigten Maßnahmen des Publikums oder irgendwelcher „Kommissionen", die eine Regulierung der Preise auf dem Markte oder in Geschäften, oder zwangsweisen Ausverkauf bezwecken. Diese Mißbräuche werden als Störungen der öffentlichen Ordnung oder als Hausfriedensbruch bestraft. Nur die berufenen Behörden sind für amtliche Handlungen befugt. Jede Art von Terror wird bedingungslos energisch geahndet. Die Polizeiorgane werden hiermit aufgefordert, den Wucher und Schleichhandel rücksichtslos zu bekämpfen.

Lebensmittelkontrolle des Starostwo Grodzkie. Im Juni d. Js. fanden 65 Milchrevisionen statt. Außer 39 verdächtigen Milchproben wurden zur chemischen Untersuchung gegeben: 15 Brot-, 2 Butter-, 1 Wurst-, 2 Backpulver- und 1 Wasserprobe. Auf Reinlichkeit wurden 1102 Fleischverkaufsstellen, 45 Fleischerwerkstätten, 199 Fischverkaufsstellen, 39 Bäckereien, 9 Drogerien, 14 Cafés und Konditoreien, 5 Hotels, 8 Obst-, 6 Delikatessen-, 36 Kolonialwarengeschäfte, 4 Weinstuben, 1 Kantine, 12 Destillationen, 158 Speisehallen und 6 Milchhandlungen untersucht. Wegen Alkoholverkaufs an verbotenen Tagen wurden 238 Gastwirtschaften und 18 Destillationen der Revision unterzogen. Auf Grund dieser Revisionen wurden gegen folgende Personen Strafanträge gestellt: gegen 6 Gastwirte wegen unsauberer Bierapparate und -gefäße; gegen 2 Gastwirte wegen Fleischverabfolgung an verbotenen Tagen; gegen 3 Gastwirte wegen Alkoholverabfolgung an verbotenen Tagen; gegen 7 Besitzer von Kolonialwarengeschäften wegen Nichtanbringung von Preisen an den ausgestellten Waren; gegen 8 Besitzer von Obstläden, gegen 5 Gemüsehändler und 6 Fleischer; gegen 2 Bäcker wegen zu kleinen Brotgewichtes, gegen 1 Bäcker wegen Unsauberkeit, gegen 2 auswärtige Milchhändler wegen Milchfälschung; gegen 4 Drogeriebesitzer wegen Führung unerlaubter Medikamente; gegen 1 Fleischer wegen Verkaufs verdorbener Wurst; gegen 1 Kolonialwarengeschäftsführer wegen heimlichen Milchhandels. Wegen Schleichhandels wurden 220 Liter Milch mit Arrest belegt und wegen Fälschung 4060 Liter Milch beschlagnahmt.

X **Blumendiebstähle.** Verschiedene Blumenliebhaber haben sich eine neue Art ausgesucht, um von dem so geliebten Gegenstande Besitz zu ergreifen. Sie haben in den letzten Tagen gegenüber dem Kreisgericht in den Anlagen an der Aleje Marcinkowskiego (früher Wilhelmstraße) 12 Pelargonien und andere Blumen im Werte von 12 000 Mk. „beschlagnahmt". Eine energische Untersuchung, der Täter habhaft zu werden, ist im Gange.

X **Diebstähle.** Am Plac Sapieżyński (früher Sapiehaplatz) wurde einem Herrn gestern eine Brieftasche mit 15 000 Mk. Inhalt gestohlen. — In der ul. Skryta (früher Bartholdshof) wurde bei einem Einbruch ein größerer Posten Herren- und Damenwäsche, L. S. gezeichnet, ein Trauring L. R. gezeichnet mit dem Datum des 16. 12. 1918 gestohlen. Der Wert des gestohlenen Gutes wird auf 120 000 Mk. angegeben. — In der ul. Wożna (früher Büttelstraße) wurden gestern aus einer Wohnung ein größerer Posten Wäsche, C. K. gezeichnet, 1 goldenes Armband, 1 Ring 14 karätig mit zwei Brillanten und 1 Rubin, 1 Trauring, 2 glatte goldene Ringe gestohlen. Der Wert beziffert sich auf 155 000 Mk.

X **Polizeibericht.** Von der Polizei festgenommen wurden gestern 5 Personen wegen Diebstahlverdachts, 1 Hehler, 1 Landstreicher, 3 Frauenzimmer wegen liederlichen Umhertreibens.

---

* **Bromberg**, 27. Juli. Der Gemeindekirchenrat hat infolge der geldlichen Lage der Kirchenkasse in seiner letzten Sitzung beschlossen, einen der fünf jetzt an den drei Kirchen der Stadt amtierenden Pfarrer zu bitten, daß er sich nach einer anderen Pfarrstelle umsehen möge; sobald er eine solche gefunden haben wird, soll seine Stelle nicht wieder besetzt werden. Der Kirchenälteste Stadtrat a. D. Rose verabschiedete sich in der Sitzung vom Gemeindekirchenrat, da er nach Deutschland abwandert. Er übergab bei seinem Scheiden dem Gemeindekirchenrat die Summe von 100 000 Mark zu wohltätigen Zwecken.

* **Thorn**, 20. Juli. Durch Matrosen der Weichselflottille wurde gestern vormittag die unbekleidete Leiche einer männlichen Person, die bereits in Verwesung übergegangen war, aus der Weichsel geborgen. Gegen Abend wurde wieder eine Leiche männlichen Geschlechts, ebenfalls unbekleidet, am linken Weichselufer von Schiffern geborgen. Die Personalien konnten noch nicht festgestellt werden. — Gestern mittag brach auf dem Gutshof Kunzendorf bei Culmsee ein gewaltiges Schadenfeuer aus. Der Brand entstand in dem großen Kuhstall, in dem reichlich Futtermittel und Stroh lagerten, und dehnte sich bei enormer Rauchentwicklung rapide aus. Das Vieh befand sich glücklicherweise auf der Weide. Zur Bekämpfung waren 5 Spritzen zur Stelle, denen es unter großer Mühe gelang, die bedrohten anliegenden Wirtschaftsgebäude zu retten. Der große Stall brannte aus, die darin befindliche elektrische Anlage sowie verschiedene Maschinen wurden mit vernichtet. Die Ursache wird auf Kurzschluß zurückgeführt. Dem Besitzer erwächst ein großer Schaden, trotzdem das Gebäude versichert war.

* **Graudenz**, 26. Juli. Frau Dr. Käte Schirmacher hat durch Sammlung von süddeutschen Frauen für die neugegründete Deutsche Bühne Graudenz" den Betrag von 500 deutschen Mark gesammelt und der Leitung der „Deutschen Bühne" überwiesen.

* **Dirschau**, 28. Juli. Der „Weichsel-Post" wird von hier gemeldet: Nach einer Versammlung der Nationalen Arbeiterpartei kam es gestern zu Unruhen, denen durch energisches Eingreifen der Behörden Einhalt geboten wurde. Ein Polizeibeamter, der die Menge zu Ausschreitungen aufreizte, wurde vom Amte suspendiert. Abends herrschte schon vollständige Ruhe in der Stadt.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau**, 25. Juli. Der Ältestenrat der Vereinigung der Warschauer Friseure gibt bekannt, daß in Zukunft die Preise wesentlich erhöht werden, und zwar kostet: Haarschneiden 120 M., Bartbeschneiden 75 M., Kopfwaschen 60 M., Frisieren 70 M., Manikuren 150 M. Die Anwendung kosmetischer Mittel, Parfüme usw. ist nach einem besonderen Tarif zu bezahlen. — Hier erhängte sich in ihrer Wohnung an der ulica Czysta Nr. 8 die 71jährige Alojza Ostrowska (Zolkowska), die seiner Zeit berühmte Schauspielerin des Rozmaitosci-Theaters. Ihr Sohn, der Opernsänger Adam Ostrowski, erschoß sich vor einigen Monaten. Auch ihr Gatte, Dr. Ostrowski, beging vor mehreren Jahren Selbstmord.

* **Lodz**, 24. Juli. Beim Mittagessen erstickt ist die in der Pierprzowa 15 wohnhafte Małgorzata Zawadzka, als ihr beim hastigen Verspeisen des Mittagessens ein Stückchen Fleisch in den Atmungskanal geraten war. Die Erstickte ist 58 Jahre alt.

Aus Ostdeutschland.

* **Schlochau**, 29. Juli. Auf einer Anzahl Güter des Kreises Schlochau ist unter der Landarbeiterschaft ein Ausstand ausgebrochen, wodurch die Erntearbeiten im Rückstande bleiben.

* **Marienburg**, 29. Juli. Wie die „Marienb. Ztg." erfährt, besteht die Absicht, am Marienburger Bahnhof großzügige Erweiterungsbauten vorzunehmen, die durch die Schaffung der neuen Grenzpfähle notwendig geworden sind. In ihrem jetzigen Umfange ist die Bahnhofsanlage dem starken Grenzverkehr nicht mehr gewachsen.

* **Rastenburg**, 29. Juli. Mit durchschnittener Kehle wurde der Maurer Friedrich Flötenmeyer aus Muhlak auf Neuhöfer Gelände bei Rastenburg aufgefunden. Er war von zwei Männern überfallen worden und ist im Krankenhause seinen Verletzungen erlegen.

Neues vom Tage.

§ **Explosionsunglück bei Rybnik.** Ein schweres Explosionsunglück hat sich heute in Kriewalde ereignet. In diesem Walde liegen die oberschlesischen Sprengstoff- und Munitionswerke. Kurz vor 11 Uhr gab es mehrere heftige Detonationen. Gleichzeitig flog die gesamte Fabrikanlage in die Luft. Soweit die Gebäude nicht völlig zerstört sind, ist der Sachschaden bedeutend. Die Zahl der Toten beträgt mutmaßlich 15 bis 18. Ueber die Ursache der Katastrophe schweben verschiedene Gerüchte. Einzelheiten lassen sich nicht angeben, weil alle in Betracht kommenden Personen unter den Trümmern den Tod fanden.

§ **Henny Porten.** Die bekannte und beliebte Filmschauspielerin Henny Porten, deren erster Gatte im Kriege gefallen ist, hat sich mit Dr. med. von Kaufmann, Garmisch-Partenkirchen, wieder vermählt.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

K. 100. In Ihrem Falle hat die Rückzahlung der Hypothek in deutschen Gelde zu erfolgen.

G. W. in W. 1. Wer jetzt seit dem Nichtmehrbestehen des deutschösterreichischen Konsulats in Warschau das Paßvisum gibt, ist uns nicht bekannt. Vielleicht wenden Sie sich an ein entsprechendes Konsulat in Deutschland. 2. Die Bestimmung der Abgabe des halben Vermögens gilt auch für Sie.

E. B. in T. In Wien notierten am 22. Juli im freien Verkehr: Mark 1110, Lei 1140, Lire 3775, Dollar 834, Pfund 3020, Prag 1100, polnische Mark 42 im Verhältnis zur österreichischen Krone. Daraus ist wohl ohne weiteres ersichtlich, daß sich das Leben in Wien im Verhältnis zur polnischen Mark nicht billiger stellt als in Deutschland.

Kaufmann Leo U. in Bln. Unsere Angabe in der betreffenden Notiz ist durchaus richtig. Nur handelt es sich nicht um das Berliner Blatt, sondern um die „Deutschen Nachrichten", herausgegeben von der Landesvereinigung des Deutschtumsbundes zur Wahrung der Minderheitsrechte in Polen, Geschäftsstelle in Bydgoszcz (Bromberg), Plac Wolnosci 1. An diese Stelle wollen Sie sich wegen der Zusendung einer Nummer wenden. — Als Rückporto fügen Sie zwei deutsche Zehnpfennigmarken bei, die Sie selbst in 4 M. polnisch umrechnen. Ja, Teuerster, so billig machts heut die hiesige Post nicht mehr: eine Postkarte von hier nach Deutschland kostet jetzt 12 M., ein Brief sogar 20 M. Porto!

P. W. B. in M. Wir bedauern, Ihnen die gewünschte Auskunft nicht geben zu können. Wir wissen nur soviel, daß heut eine Fahrkarte dritter Klasse von Posen nach Bentschen im gewöhnlichen Zuge 96 M., eine solche vierter Klasse von Bentschen nach Frankfurt a. Oder 13 M. kostet.

R. Dr. P. Kriesnoten werden zurzeit vom Deutschen Reiche nicht eingelöst; die Frage über die Verpflichtung des Staates hierzu schwebt noch beim Reichsgericht. Dagegen werden Kriesnoten von deutschen Banken zum Tageskurse (d. h. heut für 100 M. 11 deutsche Mark) gehandelt. An Ihrer Stelle würden wir Kriesnoten bis zur Entscheidung des Reichsgerichts nicht verkaufen.

Besuchszeiten öffentlicher Museen usw. in Posen.

Museum Wielkopolskie (früher Kaiser Friedrich-Museum), Aleje Marcinkowskiego (früher Wilhelmstraße), Ecke ul. Nowa (früher Neue Straße). Geöffnet an Wochentagen von 10—4, an Sonn- und Feiertagen von 10—2 Uhr.

Museum Mielżyńskich an der ul. Sewerhna Mielżyńskiego (früher Viktoriastraße) 26/27. Vorläufig geschlossen.

Museum Wojskowe (Militärisches Museum), Aleje Marcinkowskiego Nr. 7. An Wochentagen geöffnet von 10—6, an Sonntagen von 10—4 Uhr.

Deutsche Bücherei in der ul. Zwierzyniecka 1 (früher Tiergartenstr.). Geöffnet wochentags 9—1 und 4—7 Uhr. Ausleihzeit wochentags 11½—12½ und 4½—6½ Uhr. Mittwochs und Sonnabends nur vormittags.

Bibliothek und Lesehalle der Freunde der Wissenschaften (im Gebäude des Museums Mielżyńskich). Geöffnet an Wochentagen von 10—1 und 4—7 Uhr, am Sonnabend von 10—1 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Universitätsbibliothek in der ul. Franciszka Ratajczaka (früher Ritterstraße) 4/8. Geöffnet an Wochentagen von 9—1 und 4—8, am Sonnabend nur von 9—1 Uhr. In den Monaten August und September von 10—1 und 5—7, am Sonnabend nur von 10—1 Uhr.

Biblioteka Raczyńskich am Plac Wolnosci 19 (früher Wilhelmplatz), Ecke Aleje Marcinkowskiego (früher Wilhelmstraße). Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage von 10—1 Uhr vormittags und 5—8 Uhr nachmittags geöffnet.

Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: i. V. Dr. Franz Buchta; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznan.

(Schluß des redaktionellen Teiles.)



Ausgabestellen des „Posener Tageblatts".

Innere Stadt:

Ulica Wjazdowa (Am Berl. Tor) 8: **Evgl. Vereinsbuchhdlg.**
Plac Św. Krzyski (Petriplatz) 3: **Schubert.**
Ulica Strzelecka (Schützenstr.) 28: **Piojda.**
Wały Jagiełły (Karmeliterwall) 2a: **Baerwald.**
Rybaki (Fischerei) 10: **Wendland.**
Ulica Połwiejska (Halbdorfstr.) 39: **„Flora"-Drogerie.**
Plac Sapieżyński (Sapiehaplatz) 7: **Baumgart.**
Ulica Wodna (Wasserstr.) 5: **Manke.**
Ulica Wielka (Breite Straße) 28: **Blaszczyk.**
Wolnica (Wronker Platz) 4/5: **Podolski.**
Stary Rynek (Alter Markt) 45: **Goldenring.**
Ulica Wroniecka (Wronker Straße) 4: **Wronker.**
Ulica Mokra (Nasse Gasse) 1: **Toepper.**
Ulica Żydowska (Michael Herzstr.) 11: **Bergel.**
Ulica Flisacza (Schifferstr.) 17: **Jendrusiak.**
Św. Marcin (St. Martinstr.) 33: **Hoffmann.**
Św. Marcin (St. Martinstr.) 44: **Gumnior.**
Ulica Sew. Mielżyńskiego (Viktoriastr.) 22: **Wardżyńska.**
Plac Nowomiejski (Königsplatz) 9: **Malachowski.**
Ulica Rycerska (Ritterstr.) 33: **Orgacka.**
Ulica Działyńskich (Naumannstraße) 1: **Gilewski.**
Ulica Działyńskich (Naumannstr.) 6/7: **Szeląg.**
Ulica 27. Grudnia (Berliner Straße) 2: **Szypczyński.**
Aleje Marcinkowskiego (Wilhelmstr.) 6: **Fr. W. Schultze.**
Ulica Wrocławska (Breslauer Str.) 4: **Schleh.**
Ulica Wrocławska (Breslauer Str.) 13: **Heinrich.**
Ulica Pocztowa (Friedrichstr.) 22: **H. Rabbow.**
Chwaliszewo (Wallischei) 6: **Brabänder.**

Jersitz:

Ulica Grunwaldzka (Aug.-Viktor.-Str.) 25: **Szyntec.**
Ulica Forteczna (Festungsstr.) 41: **Kaczor.**
Ulica Dąbrowskiego (Gr. Berl. Str.) 9/11: **Dluzewska.**
Ulica Dąbrowskiego (Gr. Berl. Str.) 41: **v. Loga.**
Ulica Kraszewskiego (Hedwigstr.) 9a: **Baensch.**
Ulica Szamarzewskiego (Kais.-Wilh.-Str.) 24: **Müller.**
Ulica Szamarzewskiego (Kais.-Wilh.-Str.) 8: **Selzer.**
Ulica Szamarzewskiego (Kais.-Wilh.-Str.) 32: **Gronek.**
Ulica Patrona Jackowskiego (Rollendorfstr.) 30: **Adamczak.**
Ulica Poznańska (Posener Str.) 25: **Thiel.**
Ulica Poznańska (Posener Str.) 52: **Schneider.**

St. Lazarus:

Ulica Niegolewskich (Augustastr. 7): **Smgaj.**
Ulica Kolejowa (Bahnstr.) 36: **Urbaniak**
Ulica Głogowska (Glogauer Str.) 76: **Adamczewski.**
Ulica Głogowska (Glogauer Str.) 101: **Schleh.**
Ulica Wyspiańskiego (Hardenbergstr.) 5: **Błażejewicz.**
Ulica Śniadeckich (Herderstr.) 1: **Heilemann.**
Ulica Kanałowa (Kanalstr.) 4: **Olejnik.**
Ulica Małeckiego (Prinzenstr.) 24: **Kosinski.**
Ulica Małeckiego (Prinzenstr.) 25: **Walczak.**
Ulica Małeckiego (Prinzenstr.) 31: **Pfeiffer.**
Ulica Matejki (Neue Gartenstr.) 11: **Skaszewski.**
Ulica Matejki (Neue Gartenstr.) 66: **Ledworowski.**

Wilda:

Ulica Poplińskich (Am Rosengarten) 5a: **Lewicki.**
Wierzbięcice (Bitterstr.) 5: **Freund.**
Wierzbięcice (Bitterstr.) 16: **Szafrański.**
Wierzbięcice (Bitterstr.) 23: **Bielerzewska.**
Ulica Św. Czesława (Caprivistr.) 9: **Conrad.**
Dembsener Straße 4: **Kaiser.**
Ulica Gen. Prądzyńskiego (Gneisenaustr.) 47: **Nagler.**
Ulica Gen. Prądzyńskiego (Gneisenaustr.) 56: **Tasiemski**
Ulica Gen. Kosińskiego (Blücherstr.) 9: **Orzeł.**
Ulica Żupańskiego (Hohenlohestr.) 6a: **Riedel.**
Górna Wilda (Kronprinzenstr.) 54: **Anderss.**
Górna Wilda (Kronprinzenstr.) 94: **Kühne.**
Górna Wilda (Kronprinzenstr.) 117: **Pyszka.**
Górna Wilda (Kronprinzenstr.) 119: **Gendera.**
Ulica Przemysława (Margaretenstr.) 34: **Kwiatkowski.**
Ulica Przemysława (Margaretenstr.) 37: **Ehlert.**
Ulica Rożana (Rosenstr.) 5: **Pieprzyk.**

Der Bezugspreis für das **„Posener Tageblatt"** beträgt bei den Ausgabestellen für **August 77,50 Mk.**

Bestellungen werden in allen vorstehenden Ausgabestellen entgegengenommen sowie in der **Hauptgeschäftsstelle** Poznań W3, **Ul. Zwierzyniecka (Tiergartenstr.) 6.**

Geschäftsstelle des „Posener Tageblatts".

Wirtschaftszeitung des Posener Tageblatts.

Die letzten wirtschaftlichen Ereignisse in der Tschechoslowakei.

Die meisten industriellen und finanziellen Unternehmungen haben ihre Berichte über ihre Tätigkeit während des Jahres 1920 schon veröffentlicht. Mit Ausnahme von zwei oder drei Handelsgesellschaften, welche empfindliche Verluste infolge des Preissturzes für Waren, die sie zu höheren Preisen eingekauft hatten, erlitten, stellen alle Unternehmungen einen Reingewinn fest, der in vielen Fällen höher ist, als der des Jahres 1919. Dies bezieht sich vor allem auf die Finanzunternehmungen — Zivnostenska banka, Ceskoslovenska zahranniciu banka Bohemia u. a. —, von denen viele internationale Bedeutung erhalten werden. In der Hauptsache kann man sagen, daß in dieser Wirtschaftsbranche die Tschechoslowakei seit der Revolution unabhängiger von Wien geworden ist.

Es genügt, daran zu erinnern, daß es die industriellen Kreise der gegenwärtigen Republik sind, die unter dem alten Regime die Hauptsphäre der Interessen Wiener Banken darstellten und das ganze Netz ihrer Hilfsunternehmungen auf tschechoslowakischem Gebiet, welche die tschechischen Unternehmungen unterdrücken, indem sie daraus Unternehmungen mit mehr oder weniger provinziellem Charakter machen. Die industriellen und finanziellen Unternehmungen verdanken diese Resultate den wirtschaftlichen Zuständen, die bis fast zum Herbst 1920 andauerten und der Tatsache, daß der Mangel an Rohstoffen, besonders an ausländischen, welcher im ersten Jahr die völlige Ausnutzung der industriellen Unternehmungen verhinderte, 1920 aufhörte. Es ist wahr, daß außer der Steigerung der Dividenden auch die Bilanzberichte eine Steigerung der Ausgaben, Zahlungen und Gehälter feststellen, die während des Jahres 1920 eine ständige Steigerung erfahren haben. Erst jetzt, unter dem Einfluß der wachsenden wirtschaftlichen Krise, fangen sie an, sich zu stabilisieren. Aber eine Herabsetzung der Gehälter war bis jetzt in der Tschechoslowakei noch nicht möglich, trotzdem zahlreiche Anzeichen hier die Notwendigkeit einer Neuregelung der Gehalts- und Arbeitsbedingungen vorsehen lassen, besonders in den Dingen, die nicht nur die Produktivität der Arbeiter, sondern auch die ganze Organisation der Ateliers betreffen, wenn die tschechoslowakische Industrie sich der Lage des Weltmarktes anpassen will. Das Problem, das die Ökonomisten zuerst beschäftigt, sind die Klagen, daß es am Willen zur Arbeit fehle, die den Klagen über die Unmöglichkeit zu arbeiten und den Arbeitsmangel Platz machen. Es ist in der Tschechoslowakei wie in der ganzen Welt die Herabsetzung der Produktion ohne Unterschied der Industriezweige eingeführt, die Herabsetzung, die sich durch die Entlassung eines Teils der Arbeiter und durch die Verkürzung des Arbeitstages kundtat. In der letzten Zeit konnte man ein Fallen auf dem Lebensmittel- und Ledermarkt, auf dem Textilmarkt und auch in der Maschinenindustrie bemerken, das besonders in der landwirtschaftlichen Ausstellung in Prag vom 12. bis 17. Mai 1921 zutage trat.

Infolge der durch die Produzenten zugestandenen Preisermäßigung für landwirtschaftliche Maschinen haben auf der von Tausenden von Landwirten aus allen Teilen der Tschechoslowakei besuchten Ausstellung zahlreiche Geschäftsabschlüsse stattgefunden. Es wurden landwirtschaftliche Maschinen und andere Artikel für die Land- und Forstwirtschaft gekauft. Das Ausland, Südslawien, Bulgarien, Holland und Österreich (letzteres zur Wiederausfuhr) haben landwirtschaftliche Maschinen in beträchtlicher Menge eingekauft. Diese Ausstellung war nach dem Kriege die erste Kundgebung der weit vorgeschrittenen tschechoslowakischen Landwirtschaft. Sie hat zur selben Zeit die Aufgaben gezeigt, die auf dem Gebiete der Bodenmelioration, der Tierproduktion usw. zu erfüllen sind. Aus zahlreichen Diagrammen und Statistiken geht hervor, daß die tschechoslowakische landwirtschaftliche Produktion noch nicht den kulminierenden Punkt erreicht hat, daß man sie durch Einführung einer rationellen Kultur noch steigern kann, was viel zur Festigung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit vom Staat und seinen Finanzen beitragen würde, bis der Staat imstande ist, ein Drittel der notwendigen Bedarfsartikel aus dem Auslande einzuführen, vor allem Getreide.

Zu den letzten wirtschaftlichen Ereignissen in der Tschechoslowakei zählt man den allmählichen Abbau des gegenwärtigen Ernährungssystems, nach dem der Staat die Differenz zwischen dem Herstellungspreis für Mehl und Brot und dem Verkaufspreis trägt. Es ist von großer Wichtigkeit, daß dieses System in Zukunft nicht aufrecht erhalten wird, und daß es die Ursache ernster Störungen in den Staatsfinanzen werden könnte, wenn man wenigstens mehr auf den Zuckermarkt rechnen könnte, dessen Verkauf die steigende Differenz decken sollte. Man hat infolgedessen schon stark die vom Staat unterhaltenen Personen reduziert, indem man wohlhabenden Familien die Nahrungsmittelkarten für Brot und Mehl entzog. Die wohlhabenden Familien sind gezwungen, Lebensmittel im freien Handel zu höherem Preis zu kaufen. Diese Maßnahme, die eine Erleichterung für die Staatsfinanzen und den Beginn der Liquidierung der wirtschaftlichen Methoden darstellt, ist ohne Schwierigkeit durchgeführt worden, ohne den Protest eines Teiles der Verbraucher nach sich zu ziehen. Diese haben in der Tat erkannt, daß die Frage des Brotes und seines Preises keine politische werden darf, sondern eine rein wirtschaftliche bleiben muß.

Die Liquidierung des Ernährungsministeriums ist gegenwärtig im Fluß. Infolge des im April vom Parlament angenommenen Gesetzes, das Bauwesen zu unterstützen, wurde eine Anleihe zum Bau von Wohnhäusern aufgenommen, die eine Milliarde tschechische Kronen bringen soll. Zu derselben Zeit hat die Staatsverwaltung eine Transportanleihe in Umlauf gesetzt, deren Betrag für die Eisenbahnen, Telegraphen und Telephone bestimmt ist. Diese Anleihe hat in gewissem Maße den Charaketr einer forcierten Kreditoperation. Personen, die diese Verbindungen, Telephone usw., benutzen, sind verpflichtet, für diese Anleihe eine entsprechende durch das Gesetz festgesetzte Summe zu zeichnen.

Die tatsächliche Lage des russischen Exports.

Zu großen Hoffnungen für diese Saison haben selbst die russischen Zusammenstellungen über die Ausfuhr von seiten der Organe der Sowjetregierung nicht berechtigt. Allein die jetzt überschbaren Erfolge der Sowjetausfuhr übertreffen selbst pessimistische Befürchtungen. Es stellt sich nämlich endgültig heraus, daß wirklich exportierbar nur alte Vorräte sind, und auch diese nur in Mengen, die bloß auf einzelnen Gebieten von Export in staatlichem Maßstabe zu sprechen gestatten. Es sind zwar Waren (zum Beispiel Tabak im Kubangebiet) vorhanden, die glatten Abgang ins Ausland finden würden, aber gerade sie sind nicht greifbar (wie zum Beispiel fertiges und von der Heizmittelnot im Lande selbst noch nicht aufgezehrtes Holz), da der Zustand der Transportmittel jeden Gedanken daran ausschließt, sie in die Nähe von Flüssen, Häfen oder Bahnstationen zu schaffen. Neubestände von Exportholz sind bloß in geringem Maße hinzugekommen, da es nur gelungen ist, etwa 20 v. H. der Voranschläge auszuführen, also der Bedarf im Lande selbst den erreichbaren, für den Export in Frage kommenden Bestand verschlingen wird. Bei der kümmerlichen Ausführung der Voranschläge spielt die Arbeiter- bzw. Verpflegungsfrage eine entscheidende Rolle. Gegenwärtig verdient — mit unbedeutenden lokalen Unterschieden — ein Waldarbeiter 4000 Sowjetrubel monatlich und hat für seine vom Staate gelieferte unzureichende Verpflegung 6000 Sowjetrubel monatlich zu zahlen. Da ist es kein Wunder, wenn jeder Arbeiter, der es irgendwie ermöglichen kann, ins Dorf flieht, um ein Stück Land für den eigenen Bedarf zu bebauen — mehr wird gegenwärtig fast nur ausnahmsweise in Angriff genommen.

Mit dem Flachsbau steht die Sache noch schlimmer. Wenn in Friedenszeiten der Gesamtflachsbau 30 v. H. vom Wintergetreide ausmachte, so wird jetzt selbst in Gouvernements, die auf Flachsbau eingestellt sind, nur 2 v. H. vom Wintergetreide gebaut. Das hängt zum Teil davon ab, daß der Bauer Wintergetreide zu säen bevorzugt, zum Teil aber vom Mangel an Leinsaat, die zu Verpflegungszwecken verwandt worden ist, ohne daß für genügenden Ersatz durch Import aus dem Auslande gesorgt wäre.

Die gewerbsmäßige Jagd hat überhaupt zu existieren aufgehört; die Million Eichhörnchenfelle, welche die Sowjetregierung ausführen will, ist ebenso wie das sämische Leder, deren Wert auf 4 Millionen Pfund Sterling geschätzt wird, alter Vorrat.

Wirkliches Exportgut, das zum Teil bereits in Petersburg verladen wird, sind folgende Waren: 450 Metall-Grabkränze (!), 4500 Spiele Spielkarten, 20 000 Pud Petroleum, 40 000 Pud Benzin, 2½ Millionen Quadratfuß Fournierholz, ein unbedeutender Posten gesägter Bretter, der Rest des nicht über Reval und Riga exportierten Flachses.

Man beachte den Export von Petroleum und Benzin, an denen in Sowjetrußland nichts weniger als Überfluß herrscht, und schätze die 450 Metallkränze als Staatsausfuhr gebührend ein, um sich von der augenscheinlichen Finanzlage Sowjetrußlands ein Bild zu machen. Es sind geradezu verzweifelte Mittel, mit denen das Außenhandelskommissariat zu Valuta zu kommen versucht. Und man sagt sich unwillkürlich, daß es ohne Wunder nicht mehr lange so weitergehen kann. Dieses „Wunder" erwartet Lenin von England, das er persönlich zu besuchen die Absicht haben soll. St.

Die Technische Messe in Leipzig.

Die Technische Messe, die vom 11. bis 17. September stattfindet und die bereits immer mehr die Aufmerksamkeit des Auslandes auf sich zieht, und für die sich außerordentlich zahlreiche Besucher eingefunden haben (rund 130 000, davon 25 000 Ausländer), steht vor einer neuen Erweiterung. Der Gesamtverband deutscher Wagen- und Prüfmaschinen-Fabrikanten will auf der Technischen Messe in Leipzig eine Kollektiv-Ausstellung veranstalten. Die erste derartige Ausstellung soll auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1922 stattfinden. Die heute in allen Staaten, die am Weltkriege beteiligt waren, so brennende Wohnungs- und Siedlungsfrage soll vom Bund deutscher Architekten durch eine Ausstellung architektonischer Entwürfe besonders gefördert werden. Man hofft, in den Räumen des alten Rathauses vom Rat die nötigen Ausstellungsmöglichkeiten zu erhalten. — Eine wichtige Neuerung auf dem Gebiete der Technischen Messe wird die Einrichtung einer Technischen Meßbörse sein. Auf dieser Börse soll Angebot und Nachfrage von technischen Bedarfsartikeln auch von Gegenständen, die nicht ausgestellt sind, zusammengebracht werden. Auf der Frühjahrsmesse 1921 waren die technischen Geschäftszweige sehr stark vertreten und zwar Technik im allgemeinen durch 1400, Elektrotechnik durch 700 Aussteller.

Auf der Allgemeinen Mustermesse hat sich der Gedanke einer derartigen Meßbörse bereits praktisch erprobt, es sind ganz bedeutende Umsätze an der Börse erzielt worden. Für die Technische Meßbörse liegen Aussichten für eine gleiche Entwickelungsfähigkeit unbedingt vor. Damit auch die technischen Verbände, die im Wirtschaftsleben Deutschlands noch keine große Rolle spielen, auf der Messe zur Geltung und zur Wirkung kommen können und damit Ausländer jederzeit Gelegenheit haben, sich über Verbände, die sie interessieren, zu informieren, wird eine Auskunftsstelle für Verbände auf der Technischen Messe eingerichtet werden. Es ist besonders darauf hinzuweisen, daß auch Verbände, die auf der Technischen Messe nicht vertreten sind, in den Arbeitsbereich der Auskunftsstelle mit einbezogen werden, da gerade für sie ja keine andere Möglichkeit Auskunft zu erhalten, vorhanden ist.

Bericht der Sachverständigenkommission über ein Probepflügen.

(Poradnik Gospodarski.)

r Am Sonnabend, dem 11. Juli, fand unter Kontrolle der Großpolnischen Landwirtschaftskammer eine Vorführung von sechs Traktoren und zwei Motorpflügen in Groß-Sicikierki statt. Es ist zu bemerken, daß Zeit und Gebiet der Vorführung außerordentlich günstig waren. Vorgeführt wurden:

Traktor Austin, ein englisches Fabrikat, mit 25 P.-S., der in 200 Minuten 2555 Quadratmeter bei einer Tiefe von 13 Zentimeter und einem Verbrauch von 15 Liter Benzin pflügte. Fiat, ein italienisches Fabrikat, mit 25 P.-S. bei 750 Umdrehungen. Das Gewicht des Motors beträgt 2600 Kg. In 194 Minuten beendigte er seine Tätigkeit bei 18 Zentimeter Tiefe und einem Verbrauch von 30 Liter Benzin. Er trieb eine Dreschmaschine 54 mit Presse und Elevator. Stock als Motorpflug beendigte seine Arbeit in 116 Minuten bei 20 Zentimeter Tiefe und bei einem Verbrauch von 51 Liter Benzin. Mocarz, das erste polnische Erzeugnis auf diesem Gebiet, stellt einen ganz besonderen Typ dar. Er pflügte 7560 Quadratmeter in 180 Minuten bei 13 Zentimeter Mitteltiefe und einem Verbrauch von 33 Liter Benzin. Traktor Case, ein amerikanisches Fabrikat, pflügte sein Gebiet bei 20 Zentimeter Tiefe in 145 Minuten, wobei er 23 Liter Benzin verbrauchte. Sein Gewicht beträgt gegen 3000 Kg. Hansa Lloyd, ein Erzeugnis der Hansa Lloyd-Anlagen in Bremen, führt 750 Umdrehungen aus und erzeugt 25 P.-S. Seine Arbeit beendigte er in 174 Minuten bei 20 Zentimeter Tiefe, wobei er 30 Liter Benzin verbrauchte. Der Motor wiegt 3600 Kg. Sanderson, ein vorzügliches englisches Fabrikat. Der Zweizylindermotor arbeitet bei 750 Umdrehungen mit 23/25 P.-S. Der Bau ist solide und durchweg englischen Typs. Er pflügte 8800 Quadratmeter in 174 Minuten bei 15 Zentimeter Tiefe. Das Gewicht des Traktors beträgt etwa 2000 Kg. Den Verbrauch des Petroleums konnte man nicht feststellen, da der Traktor seine Parzelle freiwillig verließ. Excelsior, ein Motorpflug ähnlich dem Stockschen, der in den Anlagen Fiat Excelsior bei Wien hergestellt wurde, beendigte seine Arbeit in 158 Minuten bei 20 Zentimeter Tiefe und verbrauchte 38 Liter Benzin.

Über den Motorpflug der Firma Stock wäre noch zu bemerken, daß derselbe sich eigentlich nicht zu einer Teilnahme am Konkurse eignete, der in erster Linie für Traktoren bestimmt war. Er wurde jedoch mit Hinsicht auf seine Bedeutung zur Feldbearbeitung für größere Güter zugelassen. Im Herbst dieses Jahres soll ein rechtlicher Konkurs stattfinden, der gewiß in mancher Beziehung große Erfolge zeitigen wird. Die Großpolnische Landwirtschaftskammer nimmt Meldungen interessierter Firmen entgegen und erteilt Auskunft.

= **Die Spirituserzeugung in Polen.** Die diesjährige polnische Spirituserzeugung beträgt nach Blättermeldungen ungefähr 40 Millionen Liter, wovon 30 Millionen ausgeführt werden können. In diesem Jahre wurden 550 Spiritusbrennereien in Betrieb gesetzt. Im vergangenen Jahr wurden 10 Millionen Liter erzeugt.

= **Die Warschauer Motorenfabrik „Ursus"**, welche durch finanzielle Unterstützung der „Bank Zwiazku Spółek Zarobkowych" im Jahre 1920 in eine Aktiengesellschaft mit einem Stammkapital von 25 Millionen Mark umgewandelt wurde, hat ihr vergangenes Arbeitsjahr mit einem Reingewinn von 9 130 316 M. abgeschlossen. Nach Abzug der gesetzlichen Abzüge hat die Generalversammlung 15 % Divdende beschlossen. Gegenwärtig besitzt die Aktiengesellschaft 30 Millionen Mark Aktienkapital, dessen Erhöhung notwendig war wegen Erweiterung des Arbeitsgebietes im Bau von verschiedenen Motorenarten.

= **Petroleum aus Melasse.** Die Notwendigkeit reichlichen Betriebsstoff für Motoren zu bekommen, der sich gleich dem Petroleum verwenden lasse, hat den deutschen Erfindergeist nicht ruhen lassen. Das Motoröl „Naholit" ist ein Erzeugnis aus Melasse; es ist außerordentlich brauchbar und kommt in der Qualität dem Petroleum ganz nahe. Bisher wurde es bereits in Süd- und Ostafrika sowie auch in Indien fabrikmäßig hergestellt. Der Preis ist verhältnismäßig gering, jedenfalls geringer als Petroleum.

= **Der finnisch-russische Holzhandel.** Zu wiederholten Malen hat Rußland Versuche in der Richtung unternommen, den Handel mit Finnland wieder aufzunehmen Im allgemeinen steht Finnland dieser Angelegenheit noch ablehnend gegenüber, da man von den russischen Handelsdelegationen keine genügenden Zusagen über den Umfang des Handels und die Bezahlung zu erhalten vermochte. Was feststeht, ist, daß Rußland unter keinen Umständen finnisches Holz gegen Gold kaufen will, im Gegenteil läuft die Absicht Rußlands darauf hinaus, daß Rußland bearbeitetes Holz aus Finnland einführen will, um als Kompensationsware Rohholz nach Finnland auszuführen, wobei der Umstand noch besonders ins Gewicht fällt, daß Finnland sich dieses Holz in Rußland selbst schlagen soll. Unter diesen Verhältnissen empfiehlt die finnische Regierung den finnischen Holzexporteuren den Zusammenschluß, da der Verkauf aller Waren nach Möglichkeit zentralisiert werden müsse. Die Gründung einer Vereinigung der finnischen Brennholzexporteure ist bereits erfolgt, man erwartet auch den Anschluß der Exporteure von Holzkohle und Brenntorf.

= **Einzelheiten des neuen amerikanischen Zolltarifs.** Aus Washington wird gemeldet: Es ist im Repräsentantenhause ein neuer Zolltarif eingebracht worden; er sieht einen Durchschnittswert der Zölle von 18 Prozent gegen 6 Prozent im alten Tarif vor. Die Vorlage umfaßt 1689 Paragraphen. Sortierte Wolle soll nach dem neuen Tarif mit 28 Prozent vom Wert bis 7 Cents auf das Pfund verzollt werden. Für Garne ist vorgesehen 20 Cents auf das Pfund und 15 Prozent vom Wert. Textilfabrikate werden verzollt mit 30 Cents das Pfund und 22 Prozent bis 36 Cents und 29½ Prozent. Geschirr soll mit 25 Proz. verzollt werden, Porzellan mit 35 Prozent, geblasene Glaswaren mit 40 Prozent. Steinkohlenerzeugnisse mit Einschluß von Farbstoffen, Beizen, Farben und Teer werden mit 30 Prozent und 7 Cents bis 35 Prozent und 7 Cents für das Pfund verzollt. Drogen, Rinden und Kräuter tragen 10 Prozent, Anstrichfarben 25 Prozent. Für baumwollene Kleidungsstücke sind 23—25 Prozent Zoll vorgesehen, für seidene Textilwaren 57½ Cents bis zu 4 Dollar für das Pfund. Papierfabrikate tragen 26 Prozent, Bücher 20 Prozent Zoll. Für Puppen und Spielwaren sieht die Vorlage 40 Prozent, für Bijouteriewaren und Juwelen 55 Prozent vor. Musikinstrumente werden mit einem Zoll von 35 Prozent, Bleistifte mit 50 Cents das Gros und 25 Prozent belegt. Mineralwasser zahlt 10 Cents die Gallone. Alle Zölle werden nach amerikanischer Schätzung berechnet.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	30. Juli	29. Juli
4% Posener Pfandbriefe (alte)	—,—	—,—
3% „ „ Buchst. A u. B	—,—	—,—
3½% „ „ ohne Buchst.	—,—	—,—
3½% „ „ Buchst. C	—,—	—,—
4% „ „ Buchst. D u. E	—,—	—,—
4% „ „ (neue)	—,—	—,—
4% „ (neue) mit poln. Stempel	—,—	—,—
4% Pos. Pfandbriefe	—,—	—,—
4% Pos. Provinzialobligationen	—,—	—,—
3½% Posener Prov.-Pfandbriefe	—,—	—,—
5½% Obl. Cegielski	—,—	—,—
6% Schuldscheine der Bank Kredyt. Hipot. Warszawsk.	—,—	—,—
Bank Związku I—VII em. (ungest.)	—,—	—,—
Bank Związku VIII em. (ungest.)	—,—	260 + A
Bank Związku IX em. (ungest.)	250 + A	250 + A
Bank Handlowy, Poznań I—VII	340 + N	340 + N
„ „ „ VIII	340 + N	340 + N
Bank Handlowy. Warszawa	—,—	—,—
Bank Dysk., Bydg.-Gdańsk I—IV	—,—	—,—
Kwilecki, Potocki i Ska.	—,—	—,—
Bank Ziemian	—,—	690 + A
Bank Ziemski	—,—	—,—
R. Barcikowski I—IV em.	210 + A	210 + N
R. Barcikowski V em.	165 + N	175 + A
Centrala Skór	—,—	—,—
Luban	—,—	540 +
Dr. Roman May	530 + A	530 + A
Patria	370 + N	375 +
Pozn. Spółka Drzewna	—,—	—,—
C. Hartwig I—III em.	—,—	—,—
C. Hartwig IV em.	395 +	390 + N
Cegielski I—VI em.	—,—	260 + A
Cegielski VII em.	—,—	260 + A
Hurtownia Związkowa	160 + N	—,—
Włókno	—,—	—,—
Inoffizielle Kurse:		
4½% poln. Pfandbriefe	—,—	—,—
4½% poln. Pfandbriefe (abgest.)	—,—	—,—
Bank Centralny I—III	—,—	—,—
Bank Poznański I. Em.	—,—	210 + N
Bank Przemysłowców	230-235-225 + N	265—260 + A
Pozn. Bank Ziemian (exkl. Kupon)	—,—	—,—
Polski Bank Komisowy II. Em.	—,—	—,—
Bank Zjednoczenia	—,—	—,—
Hurtownia Drogeryjna (o. Bezugsr)	—,—	200 + A
Iri	—,—	—,—
Wytwornia Chemiczna	250 + N	260 + A
Wyroby Ceramiczne, Krotoszyn	—,—	—,—
Drzewo Wronki	—,—	—,—
Wisła	—,—	—,—
Arcona	—,—	370 + N
Brzeski Auto (exkl. Kupon)	—,—	—,—
Wagon Ostrowo	160 + N	165 + A
Wytwornia Maszyn Młyńskich	—,—	—,—
Herzfeld Viktorius	355—353 + A	360— + A
Bentzki	400 + A	400 +
Orient	—,—	210 + N
Sarmatia	—,—	420 +
Bławat	—,—	—,—
Dom Konfekcyjny	—,—	345 + N
Tkanina	345 +	—,—
Centrala Rolników	—,—	—,—
Papiernia. Bydgoszcz	240—245 + N	250 + N
Trie	200 + A	205 + A
Hurt. Spółek Spożywców	—,—	—,—
Sierakowskie Kopalnie Węgla	—,—	—,—
Kabel	—,—	—,—
Lloyd Wielkopolski	—,—	—,—
Złącz. Cegieln. Aug. Grad.	—,—	—,—
Pneumatik	160 + N	160 + N